

Die Karatschaier und Balkaren im Nordkaukasus: Konflikte und ungelöste Probleme

Tscherwonaja, Swetlana

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tscherwonaja, S. (1999). *Die Karatschaier und Balkaren im Nordkaukasus: Konflikte und ungelöste Probleme*. (Berichte / BIOst, 32-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44172>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Das Konfliktfeld Turkvölker im Nordkaukasus	7
2. Die wirtschaftliche Lage der Karatschaier und Balkaren	10
3. Die politischen Forderungen der Nationalbewegungen	13
3.1 "Karatschaien, das wir verloren haben"	13
3.2 Das balkarische Syndrom	17
3.3 Karatschaien: Die Wahlen des letzten regionalen Präsidenten.....	27
4. Grundlegende Ideologeme und Stereotypen des Massenbewußtseins	34
Karten	37
Summary	41

9. September 1999

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Ethnologie und Anthropologie der Rußländischen Akademie der Wissenschaften, Moskau.

Redaktion: Gerhard Simon

Übersetzung: Christel Dittmann

Swetlana Tscherwonnaja

Die Karatschaier und Balkaren im Nordkaukasus

Konflikte und ungelöste Probleme

Bericht des BIOst Nr. 32/1999

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die neuralgischen Punkte der ethnopolitischen Situation im Nordkaukasus sind nach Meinung ausländischer und rußländischer Politologen Tschetschenien, Dagestan und der Konflikt zwischen Osseten und Inguschen. Dabei bleiben die Turkvölker im Schatten. Die ungelösten Probleme, die wir im karatschaisch-balkarischen Epizentrum der kaukasischen Turkvölker vorfinden, bilden nicht einfach einen aktuellen "Brennpunkt", sondern sind geeignet, die Perspektiven rußländischer Politik und russischer Präsenz im Kaukasus grundlegend zu ändern. Durch die Schaffung fast unerträglicher Bedingungen für das karatschaische und balkarische Volk gerät Rußland zwangsläufig in einen Konflikt mit der gesamt türkischen Solidarität, die ihre Stützpunkte in den unabhängigen Staaten Eurasiens und ihre ideologische Unterstützung in der Theorie des Turkismus findet, der am Ende des 20. Jahrhunderts eine Erneuerung erfährt. Auch ist zu berücksichtigen, daß die verletzten Interessen der Karatschaier und Balkaren eine Kettenreaktion bei allen "repressierten Völkern" auslösen. Die lokalen karatschaisch-balkarischen Probleme nehmen im Kontext jener Fragen, die alle "Deportierten" betreffen, eine zusätzliche Dimension an. Es zeigen sich hier in konzentrierter Form die nichtabgeschlossene "Rehabilitierung", die Krise der rußländischen Politik in dieser Richtung und die Unwirksamkeit des "Gesetzes über die Rehabilitierung der repressierten Völker" (1991).

Der vorliegende Bericht stützt sich auf wissenschaftliche Literatur sowie Tagespresse, auf Archivquellen, Dokumente aus Beständen staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Organisationen sowie auf Materialien, die während einer umfassenden Forschungsreise im Sommer/ Herbst 1998 in die Kabardino-Balkarische und Karatschaisch-Tscherkessische Republik zusammengetragen wurden.

Ergebnisse

1. Die gegenwärtige sozialökonomische Lage des karatschaischen und balkarischen Volkes kann man als nationale Misere charakterisieren. Arbeitslosigkeit (die in einzelnen Rayons 90% erreicht), die Zerstörung traditioneller Bindungen und der Systeme des Wirtschaftens sowie eine drastische Verarmung der Massen schaffen eine Basis für allgemeine Spannung und Instabilität.

2. Hauptziel der karatschaischen Nationalbewegung war seit Ende der 80er Jahre der Kampf um die Wiedererlangung der Karatschaischen Autonomie, die durch die Deportation 1943 liquidiert worden war. Anfang 1992 war dieses Ziel fast erreicht. Der Präsident Rußlands hatte einen Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Karatschaischen Autonomie in den Obersten Sowjet der Rußländischen Föderation eingebracht. Doch der begonnene Prozeß wurde abgebrochen, und heute ist die Frage der Wiedereinführung der Karatschaischen Autonomie praktisch nicht mehr auf der Tagesordnung. Dieser Umstand führte zu einer tiefen Enttäuschung des karatschaischen Volkes über das demokratische System und über die rußländischen Reformen: die Menschen fürchten neue Katastrophen, sie glauben nicht an den Erfolg der demokratischen Vorhaben. Im Laufe der von uns durchgeführten soziologischen Untersuchung antworteten 98% der befragten Karatschaier auf die Frage "Sind Sie mit dem gegenwärtigen politischen Status ihres Volkes zufrieden?" negativ.
3. Wenn sich die Karatschaier in ihrer Mehrheit mit dem sie nicht befriedigenden Status mehr oder weniger abgefunden haben, so hat in Balkarien die Schärfe des Kampfes für die "Sezession" von der Kabardei und die Schaffung einer souveränen Balkarischen Republik innerhalb der Rußländischen Föderation in der zweiten Hälfte der 90er Jahre einen Höhepunkt erreicht. Das zeigte sich in den Beschlüssen des 1. Kongresses des balkarischen Volkes, der am 17. November 1996 die Gründung dieser Republik proklamierte. Die danach folgenden Repressionen, die Auflösung und das Verbot balkarischer gesellschaftlicher Organisationen, die grausame Unterdrückung des Volkswillens zur Selbstbestimmung und die Festigung der Diktatur des jetzigen Präsidenten der Kabardino-Balkarischen Republik, W.M. Kokow, schufen jene Atmosphäre der Verzweiflung, in der sich die balkarische Nationalbewegung heute befindet.
4. 1999 verlagerte sich der Schwerpunkt der politischen Spannung in der karatschaisch-balkarischen Welt erneut in Richtung Karatschaien. Dies war verbunden mit dem ersten Wahlgang am 25. April und mit dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 16. Mai. Bis dahin war Karatschaisch-Tscherkessien die einzige Republik innerhalb der Rußländischen Föderation, deren Staatschef, W.I. Chubijew, noch auf administrativem Weg ernannt und nicht vom Volk gewählt worden war. Trotz all seiner Bemühungen, die Wahlkampagne sorgfältig zu planen, und trotz der Schwäche der organisierten Opposition, zeigten die Ergebnisse des ersten Wahlgangs ein völliges Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber Chubijew. Für ihn stimmten 6,6% der Wähler. Sieger des ersten Wahlgangs waren der Bürgermeister von Tscherkessk E.S. Derjew und General W.M. Semjonow; aus dem zweiten Wahlgang ging W.M. Semjonow mit großem Abstand gegenüber seinem Rivalen als Sieger hervor: Für ihn stimmten mehr als 75% der Wahlbeteiligten. Zum ersten Mal nach einer langen Zeit der Unterbrechung zeigte das karatschaische Volk erneut Enthusiasmus, vertraute dem General und unterstützte sein Programm des entschlossenen Kampfes gegen die Korruption.

Die Gegner Semjonows verhinderten aber zunächst seine Amtsübernahme und stürzten die Republik so in schwere interethnische Auseinandersetzungen. Die Ethnisierung der Politik – bereits unübersehbar bei den Präsidentschaftswahlen – schlug im Spätsommer 1999 teil-

weise in Gewaltanwendung um. Mitte September 1999 trat Semjonow sein Amt als Präsident an. Aber seine Gegner riefen unter Führung Derjew eine tscherkessische Autonomie aus. Der Fortbestand des Föderationssubjekts Karatschaisch-Tscherkessien ist nicht gesichert.

5. Die Analyse der Stereotypen des karatschaisch-balkarischen nationalen Selbstbewußtseins erlaubt es, eine Reihe von Widersprüchen aufzudecken (insbesondere den Gesamtkomplex der "Kabardinophobie" – des Mißtrauens gegenüber den Nachbarvölkern der adygeischen sprachkulturellen Gemeinschaft). Diese Widersprüche nutzen jene reaktionären rußländischen Kräfte aus, die anstelle der Grundlagen eines demokratischen Föderalismus die alten Prinzipien der imperialen Politik und die Methoden der Isolierung der unterdrückten Völker praktizieren.

1. Das Konfliktfeld Turkvölker im Nordkaukasus

Die neuralgischen Punkte der ethnopolitischen Situation im Nordkaukasus sind nach Meinung außenstehender Beobachter Tschetschenien, Dagestan und der Konflikt zwischen Osseten und Inguschen. Dies sind wichtige Konflikte, die die Aufmerksamkeit ausländischer und rußländischer Politologen verdienen und über die es Ende der 90er Jahre eine umfangreiche analytische Literatur gibt.

Wie wir sehen, gehören die Turkvölker des Nordkaukasus, die von vier "autochthonen" Ethnien¹ dieser Region gebildet werden, nicht zu diesen Konfliktgruppen. Zu den autochthonen Ethnien zählen: die Kумыкы (277.200), die Karatschaier (150.300), die Balkaren (78.300), die Nogajer (73.700)² und eine Reihe dort lebender ethnischer Turkgruppen, einschließlich der Aserbajdschaner (75.500 allein in Dagestan), der Türken von Achalziche (über 13.000 in der Region Krasnodar, ungefähr 6.000 in Kabardino-Balkarien), der Turkmenen und Krimtataren. Die Turkvölker gelten als Region relativen Wohlstands und eines schwach ausgeprägten Konfliktpotentials, das keine Gefahr für die rußländische Staatlichkeit darstellt und deswegen keine erhöhte Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Jene ungelösten Probleme, die wir bei der Analyse der ethnopolitischen Situation bei den Turkvölkern des Nordkaukasus aufzeigen (in der vorliegenden Untersuchung wurde als wichtigster Teil die karatschaisch-balkarische Welt ausgewählt), ist nicht einfach ein aktueller "Brennpunkt", der bis jetzt bedeutungslos war und als ein weiteres Beispiel das Bild vom Aufbrausen der Leidenschaften und die Dynamik des Dialogs zwischen dem rußländischen Zentrum und den Regionen vervollständigt, sondern auch ein Sujet, das geeignet ist, die prognostischen Modelle und Perspektiven der rußländischen Politik und der russischen Präsenz im Kaukasus grundlegend zu verändern. Es handelt sich nicht nur darum, daß die

¹ Bei aller Unvollkommenheit des terminologischen Instrumentariums der russischen Ethnologie, zu der der Terminus "autochthones Volk" ("Stammvolk", "indigenous people") gehört, sind wir dennoch gezwungen, ihn zu benutzen. Dabei lassen wir die Probleme außer acht, die verbunden sind mit der Relativität jeglicher Ansprüche auf den "autochthonen" Status und mit der unmoralischen Gegenüberstellung von "autochthonen" und "nichtautochthonen" Völkern. Bekanntlich traten im historischen Migrationsprozeß viele Völker, darunter auch die Türken des Südostens Europas, die jetzt auf den Status "autochthones" Volk Anspruch erheben, in der Rolle "neuer Fremder" auf; die Bevölkerungsgruppen aller Regionen wechselten ständig diese Rollen. Trotzdem benutzen wir das noch in der sowjetischen Historiographie entstandene Begriffssystem und unterscheiden die "autochthonen" Völker nach zwei Hauptmerkmalen: 1. Es sind diejenigen Bevölkerungsgruppen, deren Ethnogenese auf diesem Territorium beendet wurde. 2. Es sind diejenigen Völker, die hier vor dem Beginn der russischen Expansion und Kolonisation der Region lebten. Im Kontext der sowjetischen und mit der unmoralischen rußländischen Nationalitätenpolitik sind die "autochthonen" Völker meistens "Titelnationen" der schon in den 20er Jahren gebildeten Autonomen. Dieses Prinzip ist übrigens niemals konsequent realisiert worden.

² Die angeführten Zahlen entsprechen der Gesamtzahl dieser Völker in der Rußländischen Föderation, die die Volkszählung 1989 ergab. Diese statistischen Daten stammen aus der Enzyklopädie "Die Völker Rußlands" (Moskau 1994). Um sich eine genauere Vorstellung von der demographischen Situation im Nordkaukasus Ende der 90er Jahre machen zu können, muß man das rasante Tempo der natürlichen Bevölkerungszunahme in diesen turk-moslemischen Regionen und die komplizierten Migrationsprozesse des letzten Jahrzehnts berücksichtigen.

Quantität der akuten Widersprüche durch Hinzufügung der ungelösten Probleme von Karatschaien und Balkarien in eine andere Qualität des bevorstehenden Zusammenbruchs umschlägt. Es zeigt sich die offensichtliche Unfähigkeit des rußländischen Zentrums, sowohl das multinationale Dagestan als auch die Welt der Wainachen (Itschkerien und Inguschetien), die adygo-kabardinische "Frontlinie" und die ganze unruhige Grenze zu Georgien und Aserbajdschan entlang der kaukasischen Gebirgskette unter Kontrolle zu halten. Dazu kommen jetzt noch die großen Oasen, wo Turkvölker im Zentralteil des Nordkaukasus leben. Rußland gerät durch die Berührung mit der islamischen Welt der Turkvölker im Kaukasus und durch seine Politik, die Gereiztheit und Widerstand auslöst, unausweichlich in Widerspruch zur mächtigen Kraft der gesamtürkischen Solidarität. Diese Solidarität findet Unterstützung in den unabhängigen Staaten außerhalb der Rußländischen Föderation, hat ihre finanzielle Lobby und ihre ideologische Basis in Form des Turkismus ("Panturkismus" in negativer Interpretation), der sich auf über hundertjährige organisatorische Erfahrungen und eine reiche moralische Basis³ stützt und der seine Erneuerung und Wiedergeburt Ende des 20. Jahrhunderts erfährt.⁴ Mit den kleinen Völkern – den Karatschaiern und Balkaren – kann die alte Staatsmaschinerie der imperialen militärisch-politischen Unterdrückung mühelos fertigwerden. Mit den riesigen Turkvölkern, die erneut die Doktrin ihrer Solidarität ("Einheit in der Sprache, im Glauben und in den Handlungen") proklamiert haben, kann die geschwächte Rußländische Föderation, wenn sie mit diesen Völkern in Konfrontation gerät, nicht fertigwerden.

Außerdem löst die Verletzung der Interessen der Karatschaier und Balkaren bei allen "repressierten Völkern" eine Kettenreaktion der Gereiztheit aus, obwohl sie ihre früheren, äußerst effektiven Einflußmöglichkeiten auf die Staatspolitik verloren haben, über die zu Beginn der 90er Jahre die heute faktisch auseinandergefallene "Konföderation der repressierten Völker" der Ex-UdSSR verfügte.

³ Das Programm des modernen Turkismus, der untrennbar mit den Prinzipien von Demokratie und Antikommunismus verbunden ist, wird ausführlich in der Rede von Professor Turan Jasgan auf dem 4. Kurultaj der Versammlung der Turkvölker in Izmir am 26. August 1997 wiedergegeben. (In russischer Sprache erschien die vollständige Rede in der Moskauer Zeitung "Samman" ("Vremja"). Herausgeber ist die interregionale öffentliche Organisation "Liga des karatschaischen Volks": 1998, 1 (4), Februar. S. 2-3. Einer der prominentesten Ideologen und Organisatoren, der ehemalige Vorsitzende der Tatarischen Partei der nationalen Unabhängigkeit "Ittifak", Rafael Muchammetdinow, unternahm in seinem Buch den Versuch, den Turkismus auf breiter Basis geschichtstheoretisch zu rehabilitieren (R.F. Muchammetdinov: Zaroždenie i evolucija tjurkizma. Kazan' 1996).

⁴ Übrigens darf man weder die Macht der finanziell-materiellen Basis, auf die sich die modernen Ideologen des Turkismus im Ausland und in der Rußländischen Föderation stützen können, noch den Grad der aktiven Mobilisierung der von den Ideen des Turkismus inspirierten Massen übertreiben. Hier ist alles noch schwächlich, viele Institutionen befinden sich in der Entstehungsphase und die Deklarationen von Kraft und Einheit einer "großen" Turkwelt, wenn sie von den Ideologen des Turkismus ausgehen, geben nicht selten das Gewünschte für das Wirkliche aus. Wenn diese Deklarationen von den Gegnern des Turkismus stammen, dann werden sie als Schreckgespenst benutzt, um Slawen und Christen einzuschüchtern. Hinter diesem Gerede von der "türkischen Gefahr" und ihrem "Nährboden", gespeist durch irgendwelche geheimen und riesigen Geldsummen, gibt es viele offene Spekulationen und Übertreibungen, für die keine Beweise und keine seriöse Analyse der Kräfteverhältnisse in der internationalen Arena und in Rußland zur Verfügung stehen.

Betrachtet man die karatschaisch-balkarischen Probleme als isolierte, lokale Erscheinungen, so mögen sie sich als nicht so akut erweisen. Im Vergleich zu den die kaukasische Welt erschütternden Konflikten sind sie eher zweitrangig. Doch im Kontext der umfangreichen Problematik der "repressierten Völker" nehmen sie einen völlig anderen, bedeutenden Stellenwert an und bringen die Inkonsequenz, die Krise der rußländischen Politik und die Nichtwirksamkeit des noch vom Obersten Sowjet der RSFSR am 26. April 1991 verabschiedeten "Gesetzes über die Rehabilitierung der repressierten Völker" zum Ausdruck. Dieses Gesetz beinhaltet einen Artikel über die territoriale Rehabilitierung (über das Recht dieser Völker auf das Territorium, das sie bis zur Deportation bewohnten); aber es ist nicht in der Lage, die Durchsetzung dieses Rechts zu sichern. In diesem Kontext wird der verzweifelte und bis jetzt erfolglose Kampf der karatschaischen und balkarischen Nationalbewegungen mit der Forderung nach territorialer Rehabilitierung und dem Recht auf Selbstbestimmung zu einem der wichtigsten Faktoren, die die politische Stabilität im Kaukasus bedrohen.

Nicht zufällig stehen in diesem Zusammenhang die Probleme der "Rehabilitierung der repressierten Völker" in den heutigen Untersuchungen und Initiativen, insbesondere im Entwurf "Die Grundrichtungen der staatlichen Nationalitätenpolitik der Rußländischen Föderation im Nordkaukasus" im Vordergrund. Anhörungen zu diesem Entwurf fanden am 13. April 1999 im Parlament in Moskau statt. Im föderalen "Zentrum" Rußlands ist sich die überwiegende Mehrheit der Politiker und Experten völlig darüber klar, daß der Rehabilitierungsprozeß der repressierten Völker trotz aller verabschiedeten Gesetze und praktischen Maßnahmen nicht abgeschlossen ist und daß die auf diesem Boden wachsende Unzufriedenheit etlicher Völker und ethnischer Gruppen zur Quelle ernsthafter politischer Erschütterung werden kann, vor allem im Kaukasus, wo die Mehrheit der Ethnien, die unter Repressionen und Deportationen litten, konzentriert ist.

Insgesamt schafft jene innere Unruhe, die sich mit steigender Tendenz im karatschaisch-balkarischen Raum ausbreitet, ein gefährliches Konfliktpotential im Nordkaukasus. Es hat folgende Aspekte:

- einen sozialökonomischen (wirtschaftlicher Verfall, Arbeitslosigkeit, Produktionsrückgang, Finanzkrise, Verarmung der Massen);
- einen politischen (ungelöste Probleme der politischen Rehabilitierung, des staatlichen Status, des territorial-administrativen Aufbaus, des Widerspruchs zwischen den wichtigsten Gesetzen und Verfassungsbestimmungen, Fragen der realen Macht);
- einen ethno-psychologischen;
- und einen geistigen (der islamische Faktor).

Ohne Anspruch auf eine erschöpfende Charakteristik zu erheben, konzentrieren wir uns auf bestimmte Umstände, deren Auswahl von unserer Vorstellung ihrer Bedeutung und dem Wunsch bestimmt wird, wenig bekannte Momente aufzudecken, die vor der russischen und internationalen Öffentlichkeit geheimgehalten werden oder die in den von den örtlichen Machtorganen und Machthabern kontrollierten Massenmedien entstellt werden. Die Analyse

dieser Umstände stützt sich auf die verfügbare Literatur und Tagespresse, auf Archivquellen, Dokumente aus Beständen von Regierungs- und Parlamentsstrukturen und gesellschaftlicher Organisationen sowie auf Materialien, die während einer umfassenden wissenschaftlichen Forschungsreise im Sommer 1998 im Nordkaukasus in Gebieten mit Kompaktsiedlung der Karatschaier und Balkaren im Rahmen des Programms "Die Turkvölker Südrusslands: Parameter der ethnokulturellen Gemeinsamkeit und Unterschiedlichkeit" gewonnen wurden.

2. Die wirtschaftliche Lage der Karatschaier und Balkaren

Die sozialökonomische Lage des karatschaischen und balkarischen Volkes kann man als nationale Misere bezeichnen. Sowohl in Balkarien als auch in Karatschaien haben wir häufig gehört: "Unserem Volk gegenüber wird die Politik des Genozids fortgesetzt, nur der physische Terror, der bei der Deportation praktiziert wurde, ist durch ökonomischen Terror abgelöst worden. Das Volk ist zum Aussterben verurteilt."⁵

Keineswegs nur auf der Ebene subjektiver, "panisch" erscheinender Äußerungen, sondern auch auf der Ebene verantwortlicher föderaler Regierungsstrukturen werden die beunruhigende Lage der Wirtschaft und Ökologie dieser kaukasischen Region und der Zusammenbruch der sozialen Basis für politische Stabilität konstatiert.

Die ökonomische, soziale und ökologische Dauerkrise, die der Nordkaukasus durchlebt, so heißt es im Entwurf der "Grundrichtungen der staatlichen Nationalitätenpolitik der Rußländischen Föderation im Nordkaukasus", der vom Ministerium für Nationalitäten Rußlands erarbeitet wurde, ist das Resultat und die Folge der gesamtrussischen Krise und Desintegration ... Der Produktionsrückgang und als Folge das Absinken des Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung ... sind ein wesentlicher Faktor für die Verschärfung sowohl der interethnischen Beziehungen als auch der Beziehungen zwischen den Föderationssubjekten und dem föderalen Zentrum. Außerdem führt dies alles zu einem Kampf um Ressourcen, Finanzen und den Zugang zu den Schlüsselpositionen der Wirtschaftsverwaltung. Ferner ist dies ein Nährboden für die Zunahme von Korruption und Kriminalisierung der Gesellschaft, die oft einen stark ausgeprägten ethnischen Charakter annehmen.⁶

Wenden wir uns in diesem Zusammenhang der kürzlich erschienenen und mit statistischen Angaben und Zahlen angereicherten Publikation von S.I. Akkijewa zu. Die Autorin schreibt:

1997 lebten 324.200 Menschen oder 41,5% der Bevölkerung der Republik unterhalb des Existenzminimums (41% waren es im Jahr 1996)... Das Gesamtpotential der Arbeitslosigkeit, einschließlich jener Personen, die teilzeitbeschäftigt sind und aktiv Arbeit suchen, wurde 1996 auf 89.400 Personen (29,5% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung) geschätzt... Hinsichtlich des angespannten Arbeitsmarkts werden besonders die Rayons Tscherek und Elbrus (traditionelle Ansiedlungsgebiete der balkarischen Bevölkerung) hervorgehoben. Hier sind praktisch bis zu 90% der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos.⁷

⁵ Hier und im weiteren werden Aufzeichnungen aus dem Tagebuch unserer Forschungsreise zitiert.

⁶ Die Grundrichtungen der staatlichen Nationalitätenpolitik der Rußländischen Föderation im Nordkaukasus. Entwurf ..., S. 4.

⁷ Svetlana Akkijewa, Kabardino-Balkarskaja Respublika. Model' étničeskogo monitoringa. Moskau 1998, S. 34-40.

In der balkarischen Nationalbewegung besteht die Vorstellung von einer nationalen Katastrophe und der absoluten Unerträglichkeit jener sozialökonomischen Lage, in der sich das balkarische Volk befindet. Einen charakteristischen Ausdruck dieser Position finden wir im Appell des Ältestenrats Balkariens an den Außerordentlichen Kongreß des sozialpolitischen Bündnisses "Kaukasische Konföderation", der am 24. Mai 1998 in der Siedlung Urus-Martan stattfand und der ein Programm zur Schaffung einer breiten Front der tschetschenisch-dagestanisch-türkischen Solidarität im Nordkaukasus anmahnte. "Wir sind Vertreter jenes Teils des balkarischen Volkes," – so heißt es in diesem Appell, – "der glaubt, daß die jetzige Situation unseres Volkes weiterhin völlig unerträglich ist... Die Führung der Kabardinisch-Balkarischen Republik, die die Lüge von der 'prosperierenden Republik' und 'einer Insel der Stabilität und Ruhe' verbreitet, führte eine strenge Zensur ein. Damit sollte verhindert werden, die Wahrheit darüber zu verbreiten, daß die Kabardinisch-Balkarische Republik eines der ärmsten Föderationssubjekte Rußlands ist und einen der letzten Plätze im Lebensstandard der Bevölkerung einnimmt ..., daß dieses schutzlose Volk weiter gepeinigt wird. Weil es keinerlei Unternehmen in den balkarischen Siedlungen gibt, herrscht hier große Arbeitslosigkeit, die zuweilen 80-90% erreicht. Wegen der Ausweglosigkeit ist die Jugend gezwungen, in die Städte abzuwandern, in Wohnheimen zu hausen, sich zu betrinken und die Reihen der Kriminellen zu füllen. Sehr viele sehen keine Möglichkeit, eine eigene Familie zu gründen... Die Viehzucht, die immer die Grundlage der Wirtschaft Balkariens darstellte, ist im Verfall begriffen. Mittel, die die Regierung Rußlands zum Wiederaufbau dessen bereitstellte, was in den Jahren der Zwangsumsiedlung verlorengegangen war, haben ihre Zweckbestimmung verfehlt. In Balkarien wurde kein einziges Objekt gebaut..."⁸

Analog ist die Situation im benachbarten Karatschaien. In seinem Vortrag auf dem Kongreß der sozialpolitischen Organisation des karatschaischen Volkes am 14. März 1998 sagte der Präsident des Obersten Rats der auf diesem Kongreß gegründeten Assoziation "Alan", A.A. Katschijew, daß "die sozialökonomische Lage der Republik große Besorgnis hervorruft. Die Produktionskapazitäten werden heute zwischen 10-40% genutzt ..., das Transportwesen ist zu 16-22% ausgelastet und der militärindustrielle Komplex ist fast zum Stillstand gekommen.... Nach offiziellen Angaben des Ministeriums für Landwirtschaft der Karatschai-Tscherkessischen Republik belief sich der Schafbestand im letzten Jahr auf 396.000. Zum Vergleich: 1998 waren es 425.000 Schafe. 1997 belief sich der gesamte Schaf- und Rindviehbestand auf 439.000, 1958 waren es 507.000 Schafe und Rinder. Die Zahlen sprechen für sich, die wichtigsten Zweige der Viehwirtschaft von Karatschaisch-Tscherkessien sind jetzt in einem Zustand wie vor 40 Jahren. Hinter diesen trockenen Zahlen verbergen sich Schmerz und Verzweiflung von Zehntausenden Arbeitslosen und von jenen, die keine Existenzmittel haben..."⁹

⁸ Obraščenie predstavitelej balkarskogo naroda k OPS Kavkazskoj Konfederacii, in: Kavkazskaja Konfederacija, Groznyj, 1998, 6, Juni, S. 1.

⁹ O situacii v KČR. Problemy i puti vozroždenija karačevskogo naroda, in: Karačaevo-balkarskij mir, Nal'-čik, 1998, 3 (27), März-April, S. 2.

Nach Angaben, die uns der Vorsitzende der Karatschaischen Abteilung des Schriftstellerverbands der Republik, Bilal Kubekow, machte, gibt es in Karatschaien keinen einzigen Ort, der Gasanschluß hat, nicht alle karatschaischen Aule sind elektrifiziert, es gibt keine Telefone, Verkehrswege, medizinische Versorgungsstellen und kulturelle Einrichtungen in vielen Rayons mit Kompaktsiedlung der Karatschaier. Bis zu 80% der karatschaischen erwerbsfähigen Bevölkerung haben keine Arbeit und kein Einkommen. Eine äußerst schwierige Situation entstand in den Gebirgs- und Vorgebirgsaulen. Sie gehen praktisch zugrunde. Wenn, sagen wir, in einem Aul 5.000 Menschen leben, so haben nur 50 Arbeit. Dabei verzerrt die offizielle Statistik dieses Bild völlig. Eine der wichtigsten Einnahmequellen in den karatschaischen und balkarischen Siedlungen waren viele Jahre hindurch die Erzeugnisse des Kunstgewerbes der Frauen – gestrickte Wolltücher (sehr gute Wolle lieferte die Schafzucht in den Vorgebirgsgebieten), Jacken, Jacketts, Socken, Strümpfe und verschiedene andere Erzeugnisse, die geschmackvoll und meisterhaft hergestellt wurden. Sie erfreuten sich großer Nachfrage bei Touristen, die im Sommer diese in der ganzen Sowjetunion berühmten Kurorte besuchten. Und obwohl die soziale und juristische Lage der Meisterstrickerinnen ("Heimarbeiterinnen") unter der Sowjetmacht keineswegs gut war, gelang es ihnen dennoch, ihre Erzeugnisse zu verkaufen. Viele balkarische Dörfer und Häuser, die bis jetzt den Eindruck von Solidität vermitteln und die die Vermutung erlauben, daß ihre Besitzer in Wohlstand leben, waren mit "Wollgeld", mit Mitteln, die die Frauen aus diesen Strickereien erzielten, gebaut.

Dabei bildete sich bei der Arbeitstätigkeit der Bevölkerung eine ungeheuerliche Disproportion heraus, die die sozialen Prinzipien von Gesellschaft und Familie deformierte. Nur die Frau (genauer gesagt, alle weiblichen Mitglieder des Hauses: Mädchen lernten von klein auf stricken und halfen der Mutter in diesem Gewerbe) arbeitete und verdiente das Geld in der Familie. Diese Arbeit war sehr schwer: Vom endlosen Stricken verloren die balkarischen Frauen das Augenlicht; auch der Herstellungsprozeß – das Waschen der Schafwolle im kalten fließenden Wasser der Bergbäche – schadete ihrer Gesundheit, viele junge Frauen hatten vom Rheumatismus deformierte Hände. Dabei konnten die Männer, auch wenn sie in Kolchosen, Sowchosen oder in der Industrie beschäftigt waren, nicht einmal den zehnten Teil dessen verdienen, was die Handarbeiten der Frauen, die professionell zum Verkauf bestimmt waren, jeder balkarischen Familie einbrachten. Natürlich hatte eine solche Situation viele negative Folgen, die sich sowohl auf das moralische Selbstwertgefühl als auch auf die Gesundheit fast jeder balkarischen Familie auswirkten. Und dennoch sicherte die frühere Lage Stabilität und sogar (nach sowjetischem Maßstab) einen merklichen Wohlstand des alten balkarischen Dorfes.

Unter den neuen Wirtschaftsbedingungen hat sich alles drastisch verändert, obwohl es schien, daß sich gerade jetzt ein Spielraum für Privatinitiativen und Marktbeziehungen eröffnet hat. Doch die balkarischen Strickerinnen verloren ihr Käuferpotential. In den balkarischen Bergkurorten blieben die Touristen aus. Erschreckt von den Kriegerschütterungen und der ausufernden Kriminalität in dieser Region fürchteten die Menschen, in den Kaukasus zu fahren, und selbst wenn sie sich nicht fürchteten, können sie sich das aus wirtschaftlichen Gründen nicht erlauben. Jenes Rußland, das in den Jahren des sozialistischen Defizits und Eisernen

Vorhangs nach Waren lechzte und die balkarische Strickjacke als größten Luxus weiblichen Outfits ansah, gibt es nicht mehr. Jene, die Geld haben, haben heute sowohl einen anderen Geschmack als auch andere Bedürfnisse und Möglichkeiten, um ihre Bedürfnisse in den besten Warenhäusern Europas und Amerikas zu befriedigen. Die erdrückende Mehrheit der Russen, die sich am Rande des Hungers befinden, haben kein Geld für das Allernotwendigste, und ihnen steht nicht der Sinn nach balkarischen bestickten schneeweißen oder silbernen Strickerzeugnissen. Die einzige Quelle balkarischen Wohlstands ist versiegt.¹⁰

3. Die politischen Forderungen der Nationalbewegungen

3.1 *"Karatschaien, das wir verloren haben"*

Der politische Status von Karatschaien, der in Übereinstimmung mit dem Recht des karatschaischen Volkes auf Selbstbestimmung (oder im Gegenteil unter Mißachtung dieses Rechts) definiert wird, hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts wiederholt verändert. In diesen Veränderungen spiegelte sich die dramatische Geschichte der nationalen Bemühungen und großen Enttäuschungen wider.

Das im vergangenen Jahrhundert eroberte und unterjochte Volk (die Gebiete von Karatschaien wurden dem rußländischen Imperium nach der Schlacht am Berg Chasauk 1828 zugeschlagen) versuchte nach der Oktoberrevolution 1917 jene Chance zu nutzen, die ihm die Leninsche Politik der "Autonomisierung" der nationalen Randgebiete bot und die intensiv während des Bürgerkriegs realisiert wurde. Wie auch andere Völker des Zentral- und Westteils des Nordkaukasus gehörten die Karatschaier anfangs zur Gorskaja ASSR, die am 17. November 1920 mit der Hauptstadt Wladikawkas proklamiert wurde. Dabei hatten sie innerhalb der Gorskaja ASSR ihren Ende 1920 gebildeten Karatschaischen nationalen Bezirk mit dem Zentrum Kislowodsk. Am 12. Januar 1922 wurde dieser Bezirk auf Beschluß des Moskauer "Zentrums" (VCIK), ohne jegliche Willenserklärung des karatschaischen Volkes mit den tscherkessischen Territorien vereinigt. Ergebnis dieser Fusion war das Karatschaisch-Tscherkessische Autonome Gebiet, das vier Jahre lang existierte (1922-1926). Am 26. April 1926 wurde es in drei Teile gegliedert: das Autonome Gebiet Karatschaien, den Tscherkessischen nationalen Bezirk und den Rayon Batalpaschinsk. Letzterer wurde 1931

¹⁰ Hier führen wir ein konkretes Beispiel aus unserer Forschungsreise in dem balkarischen Dorf Čegem an: Die Hausfrau Šarifa Beppaeva lud uns in ihr Haus ein, wo sie seit 1957 lebt. In diesem Haus gibt es sowohl alte als auch neue Sachen, die sie aus dem Erlös verkaufter Stricksachen erwerben konnte. Heute gibt es in diesem Haus nicht einmal Brot, mit dem die Hausfrau ihre Kinder ernähren könnte. Die erwachsenen Söhne, die Tochter und der Schwiegersohn leben schon einige Jahre ohne Arbeit, ohne Einkommen, ohne Hoffnung. Das "rehabilitierte Geld" (7 Mill. Rbl vor der Währungsreform) schmolz allmählich in der Großfamilie dahin, die keine anderen Einkünfte hat. Die einzige Quelle für den Lebensunterhalt von sechs Erwachsenen und einem Kind dieses Hauses ist ihre Pension von etwa 30 DM im Monat. Bei Einschätzung der sozialen Situation ihrer Familie sagt Šarifa Beppaeva (aus dem Tagebuch unserer Forschungsreise vom 10. Juli 1998): "Wir leben jetzt schlechter als unter der Sowjetmacht, schlechter als in der Deportation, schlechter als während der deutschen Okkupation im Krieg." Sie haßt den Umschwung, die "Perestrojka", Gorbatschow, El'cin und die Demokratie". Sie ist überzeugt, daß es "früher besser war". Wenn sie wählt, wird sie für die Kommunisten, für die Rückkehr des alten Systems stimmen.

liquidiert, und sein Territorium wurde teilweise in das Autonome Gebiet Karatschaien integriert. Das Territorium dieses Gebiets wurde größer, nachdem auch die Ust-Dschegutinskaja, Krasnogorskaja, Kardoninskaja und Selentschukskaja Stanitza integriert wurden. Hauptstadt der Karatschaischen Autonomie wurde eine junge, neugegründete Stadt. Anfangs trug sie den Namen Mikojan-Schacher, in den Jahren 1944-1957 hieß sie Kluchori, und heute heißt sie Karatschajewsk.

Die Zeit der Karatschaischen Autonomie (1926-1943) wird von vielen Karatschaiern bis heute als die "goldene Zeit" der "nationalen Staatlichkeit" aufgefaßt, während die Liquidierung dieser Autonomie (durch den Ukas vom 12. Oktober 1943 mit der am 2. November 1943 nachfolgenden Deportation des gesamten karatschaischen Volkes) als verbrecherisches Werk von Stalins Willkür betrachtet wird. Karatschaien wurde zwischen der Georgischen SSR, den Regionen Stawropol und Krasnodar und dem Tscherkessischen Autonomen Gebiet aufgeteilt. Erst nach 13 Jahren konnten die Karatschaier aus der Verbannung in ihre Heimat zurückkehren. Doch das frühere Autonome Gebiet Karatschaien wurde nicht wiederhergestellt. Durch einen Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR vom 9. Januar 1957 wurde das Tscherkessische Autonome Gebiet in das Karatschaisch-Tscherkessische Autonome Gebiet innerhalb der Region Stawropol umgewandelt. Die Unzufriedenheit der Karatschaier mit ihrer Lage innerhalb dieser Autonomie und mit ihrem Status durchzieht wie ein roter Faden die ganze letzte Sowjetperiode (natürlich bis zur "Perestrojka" nur in Form eines nichtöffentlichen, stummen Protests) und mündet in stürmischen Manifestationen und kategorischen Forderungen der erstarkenden Nationalbewegung Ende der 80er Jahre.

Im Februar 1989 setzen Arbeiten zur Bildung einer karatschaischen gesellschaftlichen Organisation ein, die im Mai 1989 proklamiert und offiziell im Dezember 1989 in Karatschajewsk registriert wird. Die junge Organisation¹¹ heißt "Dzhamagat" (das "Volk" in der alt-poetischen und sakral-feierlichen Bedeutung dieses Wortes) und entfaltet eine stürmische Tätigkeit, die auf die Wiederherstellung des Karatschaischen Autonomen Gebiets gerichtet ist (in den Grenzen vor der Deportation des karatschaischen Volkes), und definiert diese Tätigkeit als Programm zur Wiedererstehung der karatschaischen nationalen Staatlichkeit. Die Aktivisten von "Dzhamagat" sammeln 1989-1990 mehr als 70.000 Unterschriften zur Unterstützung des Aufrufs zur Wiederherstellung der Karatschaischen nationalen Autonomie.

Am 8. Oktober 1989 wird der erste Kongreß der Völker von Karatschaien einberufen, und am 29. Oktober (zum ersten Mal in der Sowjetgeschichte) kommt es zu einer öffentlichen Trauerversammlung, die dem Jahrestag der karatschaischen Nationaltragödie gewidmet ist. Die Stimme von "Dzhamagat", die in dieser Zeit die nationale Massenbewegung anführt, wird immer lauter. Der zweite Kongreß der Völker von Karatschaien proklamiert am 9. Juni 1990 die Republik Karatschaien. Dies findet Unterstützung beim Außerordentlichen Kongreß der kara-

¹¹ In der ersten Etappe hieß "Dzhamagat" "Gesellschaft". Auf einer Konferenz am 23. März 1991 wurde "Gesellschaft" in "demokratische Organisation" umbenannt. Ihre kollektive Führung, die durch das Präsidium am 3. April 1991 bestätigt wurde, bestand aus fünf Ko-Vorsitzenden: Ismail Bairamukov, Asret-Ali Kečerukov, Kasi Lajpanov, Nur-Magomed Lajpanov und Kasbek Čomaev.

tschaischen Deputierten aller Ebenen, der am 17. November 1990 die Deklaration über die staatliche Souveränität der Republik Karatschaien annimmt. Eine gigantische Volksversammlung (mit Beteiligung von ungefähr 30.000 Personen) fordert die Verwirklichung der Konzeption der selbständigen Republik Karatschaien.

Die Umbildung des Karatschaisch-Tscherkessischen Autonomen Gebiets innerhalb der Region Stawropol in die Karatschaisch-Tscherkessische Republik innerhalb der RSFSR (am 3. Juni 1991) ist ein Ablenkungsmanöver der lokalen Administration, die versucht, unter den neuen Bedingungen an der Macht zu bleiben. "Dzhamagat" gerät in Konfrontation zu dieser lokalen Administration und findet Unterstützung bei der Konföderation der repressierten Völker, die die Sitzungen ihres ersten, am 1. Juli 1991 in Moskau eröffneten Kongresses unterbricht und nach Karatschajewsk reist, um sich von dort aus an den Präsidenten der Rußländischen Föderation Jelzin mit dem Aufruf zu wenden, die Diskriminierung des karatschaischen Volkes zu beenden. Der am 13. Juli 1991 in Karatschajewsk einberufene Außerordentliche Kongreß des karatschaischen Volkes plant konkrete Maßnahmen zur Gründung der Republik Karatschaien und bildet den Nationalrat als provisorische Regierung.

Ihren größten Aufschwung erreicht die Bewegung für die Wiederherstellung der Republik Karatschaien Ende 1991 (nach dem gescheiterten August-Putsch). Die feierliche Trauerversammlung, die dem 48. Jahrestag der Deportation des karatschaischen Volkes gewidmet ist, verwandelt sich im November 1991 in eine Dauerversammlung auf dem Platz der Freiheit in Karatschajewsk, an dem praktisch das gesamte karatschaische Volk teilnimmt. Unter großem öffentlichen Druck war die am 3. Oktober 1991 in Tscherkessk eröffnete Sitzungsperiode des Gebietsrats, dessen Deputierte aus der alten Nomenklatura kommen, gezwungen, einen Beschluß über die Aufteilung von Karatschaisch-Tscherkessien in zwei selbständige Autonomen zu fassen. Niemals war der Sieg der karatschaischen Nationalbewegung so nahe, und niemals erschien die jahrzehntelang vertretene Idee der "nationalen Staatlichkeit" so real und umsetzbar. Am 5. Februar 1992 brachte Jelzin einen Gesetzentwurf über die Wiederherstellung der karatschaischen Autonomie innerhalb der Rußländischen Föderation in den Obersten Sowjet ein. Die Verabschiedung dieses Gesetzes wäre ein erster Schritt zur wirklichen Umsetzung des Gesetzes über die Rehabilitierung der repressierten Völker gewesen.

Doch in Rußland gab es zu viele Kräfte, die daran interessiert waren, daß dieses Gesetz nicht wirksam wurde. "Dzhamagat" ließ sich den Sieg entgehen. Die alte Führung von Karatschaisch-Tscherkessien, die sich klar war, daß sie unter den neuen Strukturen der Karatschaischen und Tscherkessischen Republik keinen Platz finden würde, nutzte die Meinungsverschiedenheiten auf den verschiedenen Ebenen der Macht, unternahm eine beispiellose Attacke auf den bereits fertigen Gesetzentwurf und erreichte eine Aufschiebung seiner Lesung unter dem Vorwand, in der Republik eine "öffentliche Umfrage" durchzuführen. Alle Kräfte und Mittel des in politischen Intrigen erfahrenen Apparats wurden zur Vorbereitung dieser "Umfrage" eingesetzt, um die nötigen Ergebnisse zu erreichen. Initiiert wurden sowohl direkte Provokationen (in den kosakischen Rayons wurden wilde Gerüchte darüber verbreitet, daß "Dzhamagat" angeblich dabei sei, diese Rayons mit Türken zu besiedeln, sie unter türkische Herrschaft zu

stellen und die Kosaken zu verjagen) als auch grobe Drohungen (bei den Wahllokalen wurden in den karatschaischen Siedlungen am Tag der Umfrage OMON-Truppen zusammengezogen) sowie gefälschte Ergebnisse und hinterlistige Formulierungen der Befragung, die die Menschen in die Irre führten ("Sind Sie einverstanden, daß – unter der Bedingung der Durchsetzung des Gesetzes 'Über die Rehabilitierung der repressierten Völker' und auf den Prinzipien der Gleichberechtigung aller Völker – die einheitliche Karatschaisch-Tscherkessische Republik erhalten bleibt?"). Die karatschaische Nationalbewegung war nicht in der Lage, diesem Vorstoß mit einer flexiblen und durchdachten Taktik zu begegnen: Bis zum letzten Moment wußte sie nicht, ob sie empfehlen sollte, die Meinungsumfrage zu boykottieren oder die gestellte Frage negativ zu beantworten. Man konnte den Leuten nicht erklären, daß sie bei einer negativen Antwort die Richtigkeit des Gesetzes "Über die Rehabilitierung ..." und die Prinzipien der Gleichberechtigung aller Völker nicht in Frage stellten. Die Meinungsumfrage fand schließlich am 28. März 1992 statt. 78,5% der Abstimmenden (vor allem Russen, Tscherkessen, Abasinen, in deren Hände das Schicksal des karatschaischen Volkes gelegt wurde) antworteten positiv auf die Frage.

Dadurch bekam Chubijew einen mächtigen Trumpf in die Hand. Dank der Ergebnisse dieser Meinungsumfrage blieb er an der Macht. Der Gesetzgeber der Rußländischen Föderation blies zum Rückzug, und die Frage der Wiedereinführung der karatschaischen Autonomie war praktisch erledigt. In der Republik begann ein totaler Druck auf die öffentliche Meinung, der darauf gerichtet war, daß niemand es jemals in Zukunft wagen würde, zu dieser Frage zurückzukehren.

Die ehemalige sowjetische Nomenklatura verstand es meisterhaft, die Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit der Führer der Nationalbewegung, die Unentschlossenheit und Nichtinformiertheit der russischen Bevölkerung, die Ambitionen der Kosakenschaft und die Einschüchterung der Karatschaier zu nutzen, denen man faktisch mit Krieg und einer zweiten Deportation drohte, wenn sie weiterhin auf einer Sezession bestehen sollten. Benutzt wurden auch viele andere Methoden, einschließlich interner Kremlintrigen. Äußerst suspekt war insbesondere die Rolle von Sergej Filatow, der Jelzins Gesetzentwurf "bremste". Während der Forschungsreise konnten wir uns davon überzeugen, daß heutzutage in der Republik kaum ein Karatschaier darauf hofft, daß ein selbständiges Karatschaien wiedererstehen kann. Die Menschen fürchten neue Erschütterungen, sie glauben nicht an den Erfolg der demokratischen Vorhaben, und die soziale Lage großer Gruppen der intellektuellen, wissenschaftlichen, technischen und politischen karatschaischen Elite, die in Tscherkessk leben, wo noch mehr oder weniger normale Verhältnisse herrschen, zwingt sie schon aus egoistischen Gründen, die nationalen Ideale zu vergessen. Es ist einfach unmöglich, in dem von Gott verlassenem, heruntergewirtschafteten und vor Arbeitslosigkeit sterbenden Karatschajewsk zu leben.

Gegenwärtig ist das karatschaische Volk, das die relative Mehrheit der Bevölkerung von Karatschaisch-Tscherkessien darstellt (etwa 40%),¹² gezwungen, sich mit weniger als einem Viertel der Rechte und Privilegien zufrieden zu geben (beurteilt man dies z.B. nach der Repräsentation in den Machtoorganen, in den wissenschaftlichen und kulturellen Zentren, nach der Zahl der von Karatschaiern eingenommenen Ministerposten, nach den Ausgaben, die aus dem Budget für die Bedürfnisse der karatschaischen Rayons bereitgestellt werden, und nach den Ergebnissen der Privatisierung, wobei die Karatschaier lediglich 15% der Werte erhielten). Die Karatschaier teilen alles, was es in der Republik gibt (nach normalen Maßstäben ist die Republik nicht reich, sondern arm, sie nimmt einen der letzten Plätze in der sozialökonomischen Entwicklung in der Rußländischen Föderation ein), mit den "nationalen Minderheiten", zu denen hier Russen, Tscherkessen, Nogajer und Abasinen gehören. Die Karatschaier haben sich in ihrer Mehrheit praktisch damit abgefunden, und obwohl auf unsere Umfrage "Sind Sie mit dem gegenwärtigen politischen Status ihres Volkes zufrieden?" 98% der Karatschaier negativ antworteten, wurde bei Klärung ihrer Position doch klar, daß sie nicht darauf hoffen, daß sich diese Situation ändert. Sie halten es nicht für notwendig, irgend etwas zu unternehmen, um den "politischen Status" von Karatschaiern zu verändern.¹³ Soll es so weitergehen, wenn sich die Lage nur nicht verschlechtert, – das ist der Grundtenor der politischen Passivität praktisch aller Schichten der karatschaischen Bevölkerung.

3.2 Das balkarische Syndrom

Anders ist die Lage in Balkarien, wo heute das Hauptproblem der politischen Widersprüche der Zentralregion des Nordkaukasus liegt. Dort veranlassen die sowohl von der Elite (vor allem von der schöpferischen Intelligenz) als auch von den Massen erkannte Unmöglichkeit und Unerträglichkeit der weiteren Existenz des balkarischen Ethnos innerhalb der Kabardino-Balkarischen Staatlichkeit unter dem "Joch" der überwiegend kabardinischen Mehrheit die Menschen zu äußersten und entschlossenen Maßnahmen sowohl des legalen als auch des illegalen politischen Kampfes. Die Ereignisse entwickelten sich dabei äußerst dramatisch. Die gegenwärtige Periode (1997-1999) kann man als Etappe der totalen Niederlage und Passivität

¹² Die demographische Dynamik der karatschaischen Bevölkerung in der Republik ist sehr groß und wird von Experten, die sich auf Daten der Volkszählung 1989 stützen, nicht immer berücksichtigt. Damals lebten im Karatschaisch-Tscherkessischen Autonomen Gebiet mehr als 129.000 Karatschaier (31,2% der Gesamtbevölkerung des Autonomen Gebiets). Sie waren dort zahlenmäßig die zweitstärkste ethnische Gruppe nach den Russen. Bereits 1993 hatte ihre Zahl (nach Angaben des Goskomstat) in Karatschaisch-Tscherkessien, das aus einem Autonomen Gebiet in eine Republik umgewandelt wurde, 156.000 Einwohner erreicht, und der Anteil an der Bevölkerung der Republik betrug 34% (siehe: N.D. Pčelinceva, L.V. Samarina, Karačaj v kontekste novoj istoričeskoj real'nosti. (Issledovanija po prikladnoj i neotložnoj étnologii, Nr. 89). Institut étnologii i antropologii RAN, Moskva 1995, S. 4). Aufgrund des Stands von 1999 und unter Berücksichtigung des negativen Migrationssaldos der russischen Bevölkerung kann es bereits sein, daß die Karatschaier dabei sind, zahlenmäßig den 1. Platz unter der Bevölkerung der Republik einzunehmen.

¹³ Fragebogen der Meinungsumfrage des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der RAN (Juli 1998) zum Programm "Die Turkvölker Südrußlands: Parameter ethnischer Gemeinsamkeit und Unterschiedlichkeit". Befragt wurden 200 Personen (Stichprobe unter den Bewohnern von Tscherkessk, Karatschaewsk und Malokaratschajewsk). Die Originale der ausgefüllten Fragebögen und Materialien ihrer computergestützten Auswertung befinden sich im Zentrum zur Erforschung internationaler Beziehungen des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der RAN in Moskau.

bezeichnen, in die die Nationalbewegung gezwungen wurde, die die Selbstbestimmung des balkarischen Volkes (Sezession von der Kabardei) forderte. Diese Periode läßt sich auch als Zeit der Verfolgung der Führer und Aktivisten der Nationalbewegung charakterisieren. Trotzdem scheint es uns, daß diese Niederlage vorübergehend ist, denn es wurde kein politisches Gleichgewicht erreicht, und es gibt keine effektiven Mittel, mit denen es möglich wäre, entweder das Volk zu beruhigen, es abzulenken oder tödlich zu erschrecken. Der Kampf geht weiter, und die Forderungen nach freiheitlicher Selbstbestimmung nehmen zu.

Während unserer wissenschaftlichen Forschungsreise in Balkarien 1998 sagte man uns buchstäblich in jedem Rayon und bei jeder geplanten oder spontanen Begegnung mit Balkaren unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichem Sozial- und Bildungsstatus – angefangen von den Hirten in den entfernten Bergen bis zu bekannten Künstlern, Schriftstellern und Journalisten in Naltschik – ein und dasselbe. Man sprach von der Unmöglichkeit, von der Widernatürlichkeit und Hoffnungslosigkeit der Existenz des balkarischen Volkes "unter dem kabardinischen Diktat". Lediglich in einigen Büros ausgewählter, hochangesiedelter balkarischer Beamter hörten wir abgedroschene Phrasen von der Freundschaft der Völker und darüber, daß alles normal und ruhig in Kabardino-Balkarien verläuft. Natürlich kann seitens der kabardinischen Funktionäre und in der offiziellen Presse lediglich von einem "Haufen Extremisten und Provokateuren" die Rede sein, die das balkarische Volk zu unüberlegten Schritten führen, die dem Volk selbst Schaden zufügen, und von einer humanen und ehrenhaften Politik von Präsident W.M. Kokow und der gesamten Führung der Republik, wo die "Rehabilitierung des balkarischen Volkes schnell vorangeht".

Die Geschichte der "balkarischen Autonomie" ist noch weniger geeignet als im benachbarten Karatschaien, die Idee der Sezession Balkariens von der Kabardei "zu untermauern". Denn die von der Kabardei getrennte Balkarische Autonomie existierte nur sehr kurze Zeit und liegt lange zurück. Innerhalb der Gorskaja ASSR wurden 1921 zwei nationale Bezirke gebildet – der Balkarische Bezirk mit dem Zentrum Dolinsk und der Kabardinische Bezirk mit dem Zentrum Naltschik; am 1. September 1921 wurde auf der Grundlage des aus der Gorskaja ASSR herausgelösten Kabardinischen Bezirks das Kabardinische Autonome Gebiet gebildet, und am 6. Januar 1922 faßte das Volkskommissariat für Nationalitäten den Beschluß über die Herauslösung des Balkarischen Bezirks aus der Gorskaja ASSR und über die Bildung des Balkarischen Autonomen Gebiets auf dieser Grundlage, doch schon nach drei Tagen – am 9. Januar 1922 – wurde dieser Beschluß zurückgenommen, und am 16. Januar 1922 verabschiedete das VCIK das Dekret über die Bildung des Kabardinisch-Balkarischen Autonomen Gebiets, das 1936 in eine ASSR umgewandelt wurde. So ließ sich für die Wiedereinführung der Balkarischen Autonomie das Gesetz "Über die Rehabilitierung der repressierten Völker" nicht nutzen, weil es schon über 20 Jahre vor dem 8. März 1944 – dem Tag der Deportation der Balkaren – keine von der Kabardei getrennte Balkarische Autonomie auf der Karte der Rußländischen Föderation gegeben hatte. Die Kabardinisch-Balkarische ASSR, die durch den Ukas des Obersten Sowjet der UdSSR am 8. April 1944 in die Kabardinische ASSR umgebildet worden war, wurde am 9. Januar 1957 wiedererrichtet (in exakter Übereinstimmung mit der früheren Bezeichnung und den alten Außengrenzen).

Trotzdem empfinden die Balkaren das Problem ihrer nichtabgeschlossenen "territorialen Rehabilitation" stärker als die Karatschaier, weil in Kabardino-Balkarien jene "nationalen Rayons" nicht wiedererrichtet wurden, in denen die balkarische Bevölkerung in den Bergschluchten von jeher lebte. Die schmerzhafteste Wahrnehmung ihrer nichtgleichberechtigten Lage als diskriminierte Minderheit (die Balkaren bilden insgesamt 10% der Bevölkerung Kabardino-Balkariens und sind zahlenmäßig fünfmal schwächer als die Kabardiner¹⁴), die Erinnerungen an die historische Periode, in der die 1922 erarbeitete "Grundsatzerklärung über die Vereinigung der Kabardei und Balkariens" das Prinzip der Parität der ethnischen Repräsentation in den Machtorganen festlegte (ein Drittel Balkaren, ein Drittel Kabardiner und ein Drittel Russen), Hoffnungen auf eine Veränderung der Lage zum Besseren unter den Bedingungen der Perestrojka und selbst die ersten auf dem Weg zur "Teilung" erreichten Absprachen mit der kabardinischen Nationalbewegung "Adyge Chase" inspirierten die Führer der balkarischen Bewegung zu entschlossenen Schritten und kühnen Initiativen, die direkt oder indirekt von jenen Kräften der russischen politischen Elite sanktioniert wurden, die (in jedem Fall bis zum Umschwung der Situation Ende 1992) nicht wußten, wohin die Tendenz zur Stärkung der adygeisch-kabardinisch-tscherkessischen Solidarität führen würde. Sie suchten nach Möglichkeiten, um diese Solidarität durch den Widerstand der Turkvölker auszugleichen. Die erste Sitzung des Kongresses des balkarischen Volkes fand im März 1991 statt. Der Kongreß wandte sich an den Obersten Sowjet der damals noch Sozialistischen Kabardino-Balkarischen Sowjetrepublik mit der Forderung, die bis zur Deportation bestehende administrativ-territoriale Ordnung der Republik wiederherzustellen (Elbrusskij, Tscherekiskij, Tschegemskij und Chulamo-Besengijewskij Rayon, in denen die balkarische Bevölkerung von jeher lebte), ein aus zwei Kammern bestehendes Parlament mit paritätischer Vertretung des balkarischen Volkes in einer der Kammern zu schaffen und eine rotierende Besetzung des Amtes des Republikchefs mit Vertretern der verschiedenen Völker, die in der Republik leben, zu gewährleisten. Wie wir sehen, hat sich die Frage der Teilung von Kabardino-Balkarien damals noch nicht gestellt, und wenn die Forderungen des balkarischen Kongresses erfüllt oder zumindest gehört worden wären, so wäre es möglicherweise nicht zu einer Verschärfung der Situation gekommen. Doch die Führung von Kabardino-Balkarien ignorierte den Appell des Kongresses. Auf seiner zweiten Sitzung im November 1991 nahm der Kongreß des balkarischen Volkes die "Deklaration über die Proklamation der Republik Balkarien innerhalb der Rußländischen Föderation und der nationalen Souveränität des balkarischen Volkes" an. Die Deklaration trug noch nicht den Charakter eines staatlichen Beschlusses. Sie zeigte lediglich die Absichten und Endziele der balkarischen Bewegung unter der Führung des Nationalrats des balkarischen Volkes. Trotzdem zeugten einige praktische Beschlüsse des Kongresses und danach auch des Rats von der "von unten" begonnenen Realisierung der Forderungen nach Gewährleistung der balkarischen staatlichen Souveränität. So hielt der Kongreß die Teilnahme des balkarischen Volkes an den Präsidentschaftswahlen der KBSSR am 22. Dezember 1991 nicht für zweckmäßig. Im Ergebnis fanden die Wahlen in 28 Wahlbezirken nicht statt, die balkarische Bevölkerung boykottierte sie, und

¹⁴ Nach Angaben von 1994 lebten in Kabardino-Balkarien 789.000 Menschen, davon 366.000 Kabardiner und etwa 78.000 Balkaren.

der zum Präsidenten der Republik gewählte Kabardiner W.M. Kokow (ehemaliger kommunistischer Parteifunktionär) wurde vom balkarischen Volk, das an diesen Wahlen nicht teilnahm, nicht gewählt. Dafür fand am 29. Dezember 1991 ein Referendum unter der balkarischen Bevölkerung der Republik statt, bei dem die Frage gestellt wurde "Unterstützen Sie die Proklamation der nationalen Souveränität des balkarischen Volkes und der Republik Balkarien als Föderationssubjekt der RSFSR?". Am Referendum nahmen 85% der wahlberechtigten Balkaren teil (38.411 Personen von 45.219, die in die Wählerlisten eingetragen waren). Von ihnen antworteten 36.404 Personen, d.h. 94,8% der am Referendum Teilnehmenden positiv.

Die Legitimität der Willensäußerung des balkarischen Volkes rief keine Zweifel hervor. In der ersten Zeit schien es, daß sie, die im Prinzip vom Obersten Sowjet Kabardino-Balkariens unterstützt wurde und der Integrität der Rußländischen Föderation nicht den geringsten Schaden zufügte, in die Praxis umgesetzt wird. Doch die Machtstrukturen der Republik mit Präsident W.M. Kokow an der Spitze konnten die Lösung dieser Frage umgehen, nachdem sie die eindeutigen Ergebnisse des Referendums durch zweifelhafte Ergebnisse nicht von der Verfassung vorgesehener "Umfragen" und "regionaler Referenden" ausgetauscht hatten, die stichprobenartig unter der balkarischen Bevölkerung 1994 durchgeführt wurden und deren Ergebnisse angeblich bedeuteten, daß das Volk "keinerlei Teilung will und in der einheitlichen Kabardino-Balkarischen Republik leben möchte". Die Meinungsumfrage, die post factum durch den Beschluß des Parlaments vom 18. November 1994 als "Volksabstimmung (Referendum)" ausgegeben wurde, und die regionalen Referenden mit ihren äußerst verwirrenden und durch die Aufzählung geographischer Namen überfrachteten Fragen wurden mit zahlreichen Gesetzesverletzungen, unter direktem Druck auf die Wählerschaft und mit Fälschungen bei der Stimmenauszählung durchgeführt. Das balkarische Volk spürte im Lauf der 90er Jahre immer mehr die Rechtlosigkeit und die moralische, politische und ökonomische Diskriminierung.

Am 17. November 1996 setzte der Erste Kongreß des balkarischen Volkes mit der weiteren Behandlung der Deklaration "Über die Proklamation der Republik Balkarien und der nationalen Souveränität des balkarischen Volkes" seine Arbeit fort. Die von den Machthabern der Republik initiierte nervöse Hektik um diesen Kongreß (obwohl die Durchführung des Kongresses offiziell erlaubt war, durften die Delegierten das Gebäude nicht betreten, und die Miliz hielt ganze Autobusse und Autos, die mit Kongreßdelegierten aus den balkarischen Rayons nach Naltschik gekommen waren, auf den Straßen an) heizte die Atmosphäre, in der der Kongreß stattfand, an und veranlaßte selbst sehr vorsichtige Teilnehmer zu radikalen Beschlüssen. Ein Beschluß zur Realisierung der früheren Deklaration wurde gefaßt, die Grenzen der neuen Republik Balkarien wurden festgelegt; dazu gehörten die vor der Deportation existierenden Rayons (Elbrusskij, Tscherekskij, Tschegemskij und Chulamo-Besengijewskij Rayon) und die Orte mit balkarischer Kompaktsiedlung – Kitschimalka, Chabas und Taschly-Tala. Ein Staatsrat Balkariens und dessen Exekutivkomitee wurden gebildet; Beschlüsse über die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen der Republik Balkarien und über die Sicherstellung der Ordnung auf diesem Territorium, darunter über die Bildung einer Volksmiliz wurden gefaßt; und es wurde ein Appell an den Präsidenten der

Rußländischen Föderation Jelzin als Garanten der Rechte und Freiheiten der Menschen und der Bürger gerichtet.

Nach Beendigung des Kongresses begannen in der Republik Verfolgungen der Delegierten, Verhaftungen, Verhöre und Haussuchungen. In dem Appell der Kongreßdelegierten an die Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten der Rußländischen Föderation "im Zusammenhang mit den Verfolgungen, denen die Kongreßdelegierten ausgesetzt waren und ausgesetzt sind", wurde darauf hingewiesen, daß die Führung von Kabardino-Balkarien gegenüber dem balkarischen Volk "den Weg der Einschüchterung, Bedrohung und Gewalt"¹⁵ beschritten hat.

"Im Namen des Nationalrats des balkarischen Volkes, der seit 1994 Mitglied der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) ist¹⁶," schrieb Rasul Dzhappujew im Dezember 1996, "im Namen des vom Ersten Kongreß des balkarischen Volkes am 17. November 1996 gegründeten Staatsrats Balkariens wende ich mich an das Präsidium der FUEV, an den Europarat und an alle demokratischen Rechtsschutzorganisationen Europas mit der inständigen Bitte, sich dem Schicksal unserer Organisation zuzuwenden, die der Zerstörung durch die Machtstrukturen des Innenministeriums von Kabardino-Balkarien ausgesetzt ist. In der Republik begann man, die Kongreßdelegierten und Aktivisten des Nationalrats des balkarischen Volkes zu verfolgen. Gegen Mitglieder des Staatsrats wurden Strafverfahren eingeleitet, illegale Haussuchungen wurden durchgeführt, und es gab viele Fälle von Schlägereien und Schikanen gegen Balkaren. Eine Politik des Terrors gegen das balkarische Volk setzte ein. Ihm war der Zugang zu den Massenmedien versperrt. Die sehr schnell aus Beamten, die den Machtstrukturen gegenüber willfährig sind, oder aus verängstigten Spießbürgern gebildeten Versammlungen von "Vertretern des balkarischen Volkes" verfälschten den wahren Volkswillen, der am 29. Dezember 1991 im Referendum seinen Ausdruck fand und am 17. November 1996 vom Kongreß des balkarischen Volkes über ein selbständiges Balkarien innerhalb der Rußländischen Föderation bestätigt wurde. Die verfassungsmäßigen Rechte des balkarischen Volkes wurden verletzt. Unser Volk befindet sich in einer nationalen Misere..."¹⁷

Es ist hervorzuheben, daß dieser Appell nicht unbeantwortet blieb. Der 42. Kongreß der Volksgruppen Europas, der in Pörschach am Wörthersee (Österreich) von der FUEV einberufen wurde, nahm am 10. Mai 1997 eine Sonderresolution (1997-06) an, in der es heißt:

Die Versammlung der Delegierten... äußert Beunruhigung und Besorgtheit im Zusammenhang mit der Situation, die sich in der Kabardino-Balkarischen Republik nach dem Ersten Kongreß des balkarischen Volkes herausgebildet hat... und richtet die Aufmerksamkeit der Rußländischen Regierung, der Führung der Kabardino-Balkarischen Republik und der Weltöffentlichkeit auf die zahlreichen Verletzungen der Menschenrechte und Rechte der nationalen Minder-

¹⁵ Appell der Delegierten des 1. Kongresses des balkarischen Volkes an die Kommission für Menschenrechte des Politischen Konsultationsrats beim Präsidenten der Rußländischen Föderation, in: *Balkarskij forum*, Nal'čik, 1997, Januar (Sonderausgabe), S. 7.

¹⁶ FSNE – Federal'nyj Sojuz narodov Evropy (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen), die Konsultativstatus bei der UNO und im Europarat hat, gegründet 1949.

¹⁷ Der Text des Appells (handschriftliches Original) ist im Besitz der Autorin.

heit gegenüber den Balkaren, darunter Verhaftungen von Aktivisten der Nationalbewegung, Haussuchungen, Beschlagnahme von Dokumenten und Auflösung von balkarischen Organisationen... und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß zum Schutz des balkarischen Volkes und zur Realisierung seines Rechts auf Selbstbestimmung innerhalb der Rußländischen Föderation Maßnahmen ergriffen werden.¹⁸

Der Nationalrat des balkarischen Volkes stellte seine Tätigkeit ein. Sein Vorsitzender, General S.U. Beppajew, hielt im Fernsehen eine Rede und rief die balkarische Bevölkerung auf, sich den Machtstrukturen unterzuordnen. Ein besonders tragisches und fast an einen Kriminalroman erinnerndes Sujet des gegenwärtigen politischen Lebens Balkariens ist mit dem Schicksal von General Sufjan Useirowitsch Beppajew verknüpft, der seit 1993 an der Spitze des Nationalrats stand. Über seine Rolle äußert er sich selbst sehr eindrucksvoll: "Ich habe meine Tätigkeit beim Nationalrat eingestellt, um einem Gerichtsverfahren und einem Verbot zu entgehen... Ich trage die Verantwortung für alle Beschlüsse des Kongresses des balkarischen Volkes, dem ich vorstand. Diese Beschlüsse wurden auf einer Welle von Emotionen gefaßt. Bei der Vorbereitung des Kongresses gab es zwei Szenarien und zwei Varianten von Resolutionen: 1. Über die Wiederherstellung der Rayons, wie sie vor der Deportation 1944 bestanden haben, und über die Einführung des Postens eines Vizepräsidenten balkarischer Nationalität; 2. über die Gründung der Republik. Die zweite radikale Variante siegte. Ich denke, daß für die Zerschlagung der balkarischen Nationalbewegung eine besondere Provokation organisiert wurde: Die Delegierten wurden festgehalten und nicht zum Kongreß zugelassen; der Saal kochte vor Empörung. In dieser Situation waren alle für die Deklaration über ein souveränes Balkarien. Sowohl ich als auch der Premierminister der Republik Tscherkessow, der auf diesem Kongreß anwesend war, stimmten für diese Deklaration; anderenfalls hätte man uns einfach zerfleischt. Für den Kongreß wurden 728 Mandate vergeben. Bis Naltschik kamen an diesem Tag 541 Delegierte. Wir haben den Kongreß erst dann als eröffnet erklärt, als klar war, daß er legitim und die Versammlung beschlußfähig ist (71,5% der gewählten Delegierten befanden sich im Saal). Doch der Beschluß, den wir gefaßt haben, war illusorisch...

Am zweiten Tag begannen Pogrome. Ich war gezwungen, mich zu verstecken, sie wollten mich verhaften. Dann, als die balkarische Nomenklatura, die an der Arbeit des Kongresses teilnahm, begann zu bereuen und sich von den Beschlüssen loszusagen, bestand ich darauf, daß eine Delegation aus der Staatsduma anreist. Aus Moskau kamen drei Personen: der Ingusche Mucharbek Auschew von der LDPR (Ölkönig, er reiste im eigenen Flugzeug an),

¹⁸ Resolution 1997-06, in: Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen. 42. Nationalitätenkongreß vom 7.-11. Mai 1997. Dokumentation. Pörschach 1997, S. 94, russisch S. 98. Diese Resolution hatte zweifellos eine Schutzfunktion. Die Führung von Kabardino-Balkarien fürchtete eine unliebsame internationale Resonanz und stellte die Verfolgungen der balkarischen Aktivisten und Delegierten des Kongresses ein; alle Strafverfahren gegen die Mitglieder des Gossowjet wurden allmählich eingestellt. Der Präsident der KBR W.M. Kokow gab Anweisung, eine ihm rechenschaftspflichtige balkarische gesellschaftliche Organisation zu gründen (darüber ist im weiteren die Rede), um durch sie weiterhin die öffentliche Meinung zu beschwichtigen. In diesem Zusammenhang hatte die Festigung der Solidarität vieler nationaler Minderheiten Europas mit dem balkarischen Volk, die auf dem 42. Kongreß zum Ausdruck gebracht wurde, eine noch größere Bedeutung. Alle Mitglieder der FUEV stimmten für die Resolution bezüglich der balkarischen Frage.

der Kabardiner Temirzhanow (von der KPRF) und der Russe – ein Kosake aus Karatschaien – Jakusch. Ihnen wurden die Ereignisse so präsentiert, daß sie schlußfolgerten, daß das balkarische Volk die Beschlüsse des Kongresses nicht unterstützt. Darüber berichteten sie in Moskau. Ich erhielt ein Signal aus Moskau (von wem, sage ich nicht, doch alle meine Handlungen habe ich abgestimmt), die gesamte Tätigkeit zur Schaffung eines souveränen Balkariens einzustellen. Mit Mühe war es mir gelungen, die Situation unter Kontrolle zu halten und das Land vor einem Krieg zu bewahren. Schon eilten Kosaken aus Pjatigorsk General Beppajew zu Hilfe, über tausend Personen der repressierten Völker des Kaukasus näherten sich Naltschik mit der Waffe in der Hand, und die Schlacht konnte jede Minute beginnen. Es wäre das zweite Tschetschenien gewesen. Zu der Zeit war der Krieg in Tschetschenien beendet, und jene, die eine blutige Politik im Kaukasus verfolgen, wollten sie unbedingt in der benachbarten Region fortsetzen. In der Nacht zum 23. November 1996 zeigte das russische Fernsehen (ORT), wie im Zentrum von Naltschik General Beppajew Waffen an Freiwillige verteilt. Das war eine Fälschung, einzelne Aufnahmen eines Films mit Episoden des tschetschenischen Kriegs wurden benutzt. Ich begriff, daß sich eine große Provokation anbahnte. Am 28. November appellierte ich im Fernsehen an die Bürger von Kabardino-Balkarien. Ich war gezwungen zu erklären, daß wir die Beschlüsse des Kongresses aussetzen. Der Text meiner Rede war mit Präsident Kokow abgestimmt, und ich hatte kein Recht, auch nur ein einziges Wort an diesem Text zu verändern. ... Ich schlug dem Vorsitzenden der Partei "Tjöre" Bachautdin Etesow vor, eine Konferenz einzuberufen und den Punkt "Wiedererrichtung der Balkarischen Republik" aus dem Programm zu streichen. Er lehnte ab. Danach verbot der Oberste Gerichtshof die Partei "Tjöre".¹⁹ Seit März 1997 beschäftigte ich mich mit der Gründung einer neuen Partei – "Stimme des Volkes". Präsident Kokow gab zur Gründung dieser Partei sein Plazet...²⁰ Heute hält sich Beppajew für einen Helden und Retter, der sein Volk vor dem Krieg bewahrt hat. Das balkarische Volk hält ihn für einen Verräter und verzeiht ihm seine Abtrünnigkeit nicht.

Praktisch alle balkarischen gesellschaftlichen Organisationen wurden im November/Dezember 1996 geschlossen und ihre Büros versiegelt. Die balkarische Nationalpartei "Tjöre" wurde verboten. Gegen die Mitglieder des auf dem Parteitag gewählten Staatsrats mit Rasul Dzhappujew an der Spitze wurden Strafverfahren eröffnet. Die sehr schnell organisierte politische Farce vom Typ "Versammlungen balkarischer Deputierter aller Ebenen" oder "Versammlungen der balkarischen schöpferischen Intelligenz" (wozu man die echten Vertreter der Intelligenz nicht zuließ, sondern Bibliothekare und Klubmitarbeiter zwang, vorgefertigte Texte vorzutragen, die die Beschlüsse des nationalen Kongresses im

¹⁹ "Tëre" ("Rat" oder "Forum"), die sich heute im politischen Untergrund befindet (ihre Tätigkeit ist formal verboten, wird aber im wesentlichen fortgesetzt), wurde 1989 durch Zusammenschluß des Studentenzirkels zur Erforschung von Kultur und Geschichte des karatschaisch-balkarischen Volkes "Nyg-yš" und der gesellschaftlichen Vereinigung "Birlik" ("Einheit") gebildet. Programmziele der Partei "Tëre" waren die Wiederherstellung der Staatlichkeit des balkarischen Volkes (der Republik Balkarien) und die freie Entwicklung seiner Kultur, Sprache und Bildung. Parteichef von "Tëre" ist Bachautdin Êtezov.

²⁰ Aus Tonbandaufnahmen im Tagebuch unserer Forschungsreise von einem Gespräch mit General S.U. Beppajew bei einer Begegnung am 12.7.1998 in seinem Zimmer im Regierungsgebäude, wo er jetzt der Kommission für die Rehabilitierung des balkarischen Volkes vorsteht.

Namen der Intelligenz verurteilen) mußten die Kongreßbeschlüsse verurteilen. Selbst die russische Zentralpresse, die die ganze Zeit über eine betonte Distanz zu den balkarischen Ereignissen wahrte, ließ Berichte aus Naltschik zu, in denen konstatiert wurde: "Die in den Untergrund gegangenen Führer der balkarischen nationalen Organisationen warnen vor der Gefahr der nicht mehr kontrollierbaren Prozesse in Kabardino-Balkarien."²¹

Die Machthaber von Kabardino-Balkarien konnten die Ende 1996 entstandene Situation maximal zu ihrem Vorteil und zur Festigung ihrer Position nutzen (Schock, Verwirrung, Angst vor neuen Repressionen bei einem bedeutenden Teil der balkarischen Bevölkerung, Spaltung innerhalb der Führung des ehemaligen Nationalrats, Lähmung aller de jure oder de facto verbotenen balkarischen gesellschaftlichen Organisationen, gerichtliche Verfolgungen, die ihren Führern drohte; Anwachsen von Nationalismus und antibalkarischen Stimmungen im kabardinischen Umfeld).

Am 12. Januar 1997 fanden Präsidentschaftswahlen in Kabardino-Balkarien statt, bei denen nur ein einziger Kandidat zur Wahl stand: Auf dem Stimmzettel für die geheime Abstimmung war nur die Kandidatur des amtierenden Präsidenten W.M. Kokow eingetragen. Die Ergebnisse dieser Wahlen, die wie ein Donnerschlag die demokratische Öffentlichkeit Rußlands trafen, ähnelten den Ergebnissen der "einmütigen" Wahlen während der sowjetischen Stagnation oder während des Stalinterrors. Offiziellen Angaben zufolge nahmen 97,5% der Wähler an den Wahlen teil, und für W.M. Kokow stimmten 99,35% der Wahlberechtigten.

Alle folgenden verzweifelten Versuche der Aktivisten der balkarischen Bewegung, die Unmöglichkeit solcher Resultate zu beweisen (zusammengestellt wurden Listen von balkarischen Siedlungen, wo Wahlbezirke am Tag der Präsidentschaftswahlen nicht geöffnet wurden; es wurden Zeugnisse von Augenzeugen darüber zusammengetragen, wie Wahlzettel massenweise aus Wahlurnen entnommen und ausgetauscht wurden), blieben "die Stimme eines Predigers in der Wüste". Der Wille des balkarischen Volkes zum organisierten kollektiven Widerstand wurde unterdrückt.

Nachdem W.M. Kokow seine Position als Präsident gefestigt hatte, richtete er seine weiteren Anstrengungen auf die Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfs der Kabardinisch-Balkarischen Republik, um seine Diktatur für lange Zeit gesetzlich abzusichern. In der neuen Verfassung der KBR, die vom Parlament am 1. September 1997 (ohne Volksreferendum) verabschiedet wurde, fehlte die Passage darüber, daß ein und dieselbe Person nicht über zwei Amtszeiten hinaus zum Präsidenten der Republik gewählt werden darf. Diese Passage war in früheren Fassungen enthalten. In dieser Verfassung fehlten die in früheren Verfassungen der KBR aufgeführten Namen der Ethnien, die die Republik bilden. Vor allem wird das balkarische Volk nicht mehr erwähnt, was außerordentlich schmerzhaft von den Balkaren aufgenommen wurde, die über die Perspektive, völlig im "Volk von Kabardino-Balkarien" aufzugehen, entsetzt waren.

²¹ Nikolaj Gritčîn, Vzgljad iz demokratičeskogo podpol'ja, in: Izvestija, Moskau, 10. Juli 1997, S. 5.

Im politischen Leben der Republik waren die Balkaren eine diskriminierte Minderheit. Demonstrative Maßnahmen, die darauf gerichtet waren, dem Präsidenten ergebene Beamte balkarischer Nationalität in das Parlament und in die Regierung der Republik aufzunehmen, konnten diese Situation nicht verbessern.²²

Mehr als ein Jahr lang gab es in der Republik praktisch keine balkarischen gesellschaftlichen Organisationen und Parteien. Dabei hatten nationale und "zwischenationale" Vereinigungen anderer Völker (die kabardinische "national-patriotische" Massenorganisation "Adyge Chase", eine Abteilung des "Kongresses der Russischen Gemeinden", die gesellschaftspolitische Bewegung "Russischsprachiger Kongreß", der Tersko-Malkinskij Kosakenbezirk, "Bewegung für die Erhaltung der Einheit der KBR") völligen Handlungsspielraum, deren Gemeinsamkeit darin bestand, den Präsidenten zu unterstützen und alle Initiativen zur Selbstbestimmung des balkarischen Volkes zu unterdrücken.

Erst ein Jahr später wurde zum Schein die balkarische gesellschaftliche Organisation "Stimme Balkariens" gegründet (zunächst sollte sie "Stimme des Volkes/Chalk auasy" heißen – doch welchen Volkes ist unbekannt, selbst das Wort "Balkarien" rief bei den Führern der Republik eine Allergie hervor). Diese Organisation stand unter der Leitung des Prorektors der Landwirtschaftsakademie Mussa Achmatow. Am 18. Januar 1998 fand unter strenger Kontrolle der Machthaber eine konstituierende Konferenz dieser Organisation statt. In ihr Präsidium wurden zehn Personen, hauptsächlich Staatsbeamte, gewählt (praktisch wurden sie ernannt). Überall, wohin uns unsere Forschungsreise 1998 führte, hieß es seitens der Balkaren über die "Stimme Balkariens": "Dies ist nicht unsere Organisation, sie spricht nicht mit unserer Stimme, sondern mit der Stimme von Präsident Kokow."

Wir besitzen ein außerordentlich interessantes Dokument – das "Statut der gesellschaftlichen Organisation des balkarischen Volkes 'Chalk auasy'", dessen Photokopie wir im Parlament der KBR erhielten. In der rechten oberen Ecke des Titelblatts des "Statuts" ist aufgedruckt "angenommen von der republikanischen konstituierenden Konferenz am 18. Januar 1998". In diesem Statut wurde die "... Festigung der Staatlichkeit des balkarischen Volkes innerhalb der Kabardino-Balkarischen Republik" als eine der "Hauptaufgaben der Organisation" (Artikel 2.2.a.) formuliert. Weiter gab es "beschwichtigende" Phrasen über die Notwendigkeit, die soziale und ökonomische Entwicklung des balkarischen Volkes, die Wiederherstellung der nationalen Kultur, die Vervollständigung des Schulsystems und die Erweiterung der Anwen-

²² Wie uns der Vorsitzende der Repräsentantenkammer Iljas Betschelow bei einer Begegnung am 30. Juni 1998 im Parlament Kabardino-Balkariens eifrig erklärte, wurde "die Frage nach der paritätischen ethnischen Repräsentation in den Machtorganen Kabardino-Balkariens" folgendermaßen gelöst: Präsident der Republik – Kabardiner, Vizepräsident – Russe, Vorsitzender des Kabinetts – Balkare; in der Regierung der KBR nehmen Russen drei Ministerposten, Balkaren vier, Kabardiner zehn ein. Die gesetzgebende Kammer des Parlaments – Rat der Republik – wird von einem Kabardiner geleitet, die Repräsentantenkammer von einem Balkaren (von Betschelow selbst); im Rat der Republik arbeiten 36 Deputierte, darunter sechs Balkaren; in der Repräsentantenkammer sind von 36 Deputierten acht Balkaren. Seit 1. September 1977 gibt es beim Parlament ein Komitee für zwischenationale Beziehungen, zu dem fünf Balkaren, fünf Kabardiner und fünf Russen gehören (es gibt drei Vorsitzende – ein Balkare, ein Kabardiner und ein Russe). Dabei hat dieses Komitee ein Vetorecht bei allen Beschlüssen, die die nationale Politik, die Rechte und Interessen der Völker der Republik betreffen.

derungssphäre der balkarischen Sprache zu unterstützen. Erwähnung fand sogar die "Wiederherstellung und Aufnahme von Beziehungen des balkarischen Volkes zu den Nachbarvölkern und den turksprachigen Völkern der Rußländischen Föderation des nahen und fernen Auslands", d.h. es gab gewisse Anzeichen für eine karatschaisch-balkarische und gesamttürkische Solidarität, die die Machthaber der KBR wie das Feuer fürchten. Sie waren sogar bereit, diese Illusionen, die die balkarischen Seelen begeisterten, zuzulassen; in diesem "Statut" schrieben sie fest, daß das balkarische Volk zweifellos "ein Teil der Kabardino-Balkarischen Republik" ist. Gerade hier sind die Hauptwidersprüche konzentriert zwischen dem Willen der überwiegenden Mehrheit des balkarischen Volkes, der im Referendum am 29. Dezember 1991 und in den Beschlüssen des Ersten Kongresses des balkarischen Volkes zum Ausdruck gebracht wurde, und den Interessen der in der Republik herrschenden Gruppierung und eines sehr kleinen folgsamen Teils der balkarischen Gesellschaft, der den jetzigen Mitgliederbestand der "Stimme Balkariens" bildet – einer sehr seltsamen Partei, die eine Führung besitzt (Präsidium, Rat von Vertretern, ein Netz von Rayonräten), aber praktisch keine einfachen Mitglieder hat.

3.3 Karatschaien: Die Wahlen des letzten regionalen Präsidenten

Im Jahr 1999 verlagerte sich der Schwerpunkt der politischen Spannungen in der karatschaisch-balkarischen Welt erneut in Richtung Karatschaien. Die Karatschaisch-Tscherkessische Republik ist das einzige Föderationssubjekt, wo bis jetzt ein nicht vom Volk gewählter, sondern durch Präsidentenerlaß ernannter "Republikchef" regiert.

W.I. Chubijew nutzte die lange Vorbereitungszeit der nicht gewollten Präsidentschaftswahl, deren gesetzliche Sicherung die Administration von Karatschaisch-Tscherkessien auf jede Weise hintertrieb, zur Festigung seiner Lage, zu seiner persönlichen Bereicherung und für die Herstellung notwendiger Kontakte in den föderalen Strukturen der Macht. Chubijew demonstrierte in Worten seine Loyalität gegenüber den Prinzipien des "interethnischen Friedens und der Eintracht" und seine "väterliche Sorge" nicht nur um sein karatschaisches Volk, sondern auch um die Russen (besonders die Kasaken), Tscherkessen, Nogajer und Abasinen und wollte so die Widersprüche zwischen diesen ethnischen Gruppen ausspielen, die keinen anderen gemeinsamen, mehr oder weniger für alle annehmbaren Kandidaten finden würden. Meisterhaft nutzte er auch die Widersprüche innerhalb der karatschaischen nationalen Opposition, deren rechter radikaler Flügel äußerst geschwächt ist.

Die demokratische Organisation des karatschaischen Volkes "Dzhamagat" verlor die Unterstützung der Massen, die von der Demokratie enttäuscht waren. Sie kann kaum das Volk heute (oder morgen) in dem Maß um sich scharen, wie ihr das Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre gelungen war. Viele ehemalige Aktivisten trennten sich von der Bewegung, verzichteten auf die Idee der Wiedererrichtung der karatschaischen Staatlichkeit, und einige wurden in verschiedene Strukturen der "Chubijewschen" Administration integriert.

Bei der Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen spielte die karatschaische gesellschaftliche Organisation "Alan" – die am 14. März 1998 gegründete Assoziation – eine Doppelrolle. Zu dieser Assoziation gehörten auf vertraglicher Grundlage die gesellschaftspolitische Organisation "Schochluk", die demokratische Organisation "Dzhamagat", die Liga des karatschaischen Volkes (Moskau), die gesellschaftspolitische Organisation "Alan" (Kislowodsk), die Organisation der karatschaischen Frauen "Frieden für dein Haus", der öffentliche Fonds für Entwicklung und Rehabilitation des karatschaischen Volkes "Alanija", das karatschaisch-balkarische Kulturzentrum "El-Dzhurt" in Stawropol und der Nationalrat von Karatschaien. Zum Präsidenten von "Alan" wurde der Leiter des Baukonzerns von Karatschaisch-Tscherkessien, Achmat Abdulowitsch Katschijew, gewählt, und zum verantwortlichen Sekretär Murat Aubekirowitsch Karaketow (in der Vergangenheit einer der bekanntesten Komsomolfunktionäre des Autonomen Gebiets).

Auf den ersten Blick konnte man den Eindruck gewinnen, daß sich "Alan" als vereinigte nationale Opposition gegenüber der jetzigen Macht formiert. Doch sie war eine äußerst inkonsequente Opposition, die in ihren Reihen keine Geschlossenheit zeigte und keine eigene prinzipielle Position besaß.

Am 1. Juli 1998 faßte das Exekutivkomitee von "Alan" den Beschluß, General Wladimir Magometowitsch Semjonow, den ehemaligen Oberkommandierenden der Landstreitkräfte der

Rußländischen Föderation (1991-1997) und jetzigen Berater des Verteidigungsministers der Rußländischen Föderation als Kandidaten bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen aufzustellen und ihn zu unterstützen. Als General Semjonow sein Programm verkündete, dessen wichtigste Punkte der entschlossene Kampf gegen die Korruption und die Absicht waren, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die am Diebstahl des Volkseigentums beteiligt waren, begann der Enthusiasmus der Führung von "Alan" zu verfliegen. Im letzten Moment vor den Wahlen schlug der Präsident von "Alan" vor, "sich umzuorientieren" und einen anderen karatschaischen Kandidaten zu unterstützen, nämlich das Mitglied des Verfassungsgerichts der Rußländischen Föderation, Boris Safarowitsch Ebsejew. Erst der entschlossene und kategorische Protest von Asret Ketscherukow, der die demokratische Organisation "Dzhamagat" im Präsidium von "Alan" vertritt, führte dazu, daß nicht so entschieden wurde. Obwohl "Alan" sich formal nicht von Semjonow lossagte, unterstützte sie ihn doch äußerst passiv, ohne jene Einflußmöglichkeiten und Mittel in vollem Umfang zu nutzen, über die sie verfügte.

Alles, was sich in Karatschaisch-Tscherkessien am Vorabend und während der Präsidentschaftswahlen am 25. April 1999 abspielte, erinnerte einerseits an einen Kampf von Bulldoggen unter dem Teppich, der sich sehr heftig und verborgen vor der Öffentlichkeit abspielte, die keine klare Vorstellung davon hatte, wer in der Politik bzw. unter den 15 Kandidaten (13 am Vorabend der Wahlen) sich mit wem zusammenschloß, wer gegen wen kämpfte, ja nicht einmal wer wer war. Die Ausnahme bildete General Semjonow, den das Volk akzeptierte und zu dem es Vertrauen hatte. Deshalb erinnerte der Wahlkampf andererseits an einen neuen Frühling, der fast vergessene Hoffnungen weckte und das Gefühl der nationalen Würde und Einheit festigte.

Die Wahlkampfstrategie des Republikchefs W.I. Chubijew hatte drei Komponenten, die in Abhängigkeit von den Umständen sich entweder zu seinen Gunsten oder Ungunsten auswirkten. Die erste Komponente war eine massive Apologetik, für die nicht nur in den Massenmedien von Karatschaisch-Tscherkessien grünes Licht gegeben wurde, sondern auch in vielen russischen zentralen und regionalen Medien, die sich offenbar nicht ganz uneigennützig in den Wahlkampf der Republik zu Gunsten des jetzt regierenden Kandidaten einschalteten. Das Image des "idealen Herrschers" wurde im ganzen Land mit Hilfe sehr erfahrener Profis gemacht. So wurde in der Region Stawropol das Buch "Wladimir Chubijew: Führer an der Epochenwende"²³ herausgegeben, und die seriöse russische Zeitung "Nesawissimaja gaseta" richtete eine Art ständige Rubrik für die Publikation von Materialien ein, die nicht einfach die Prosperität der Republik unter seiner Führung bestätigten, sondern auch auf phantastische Art und Weise illustrierten (durch fabelhafte Zahlen und idyllische Photographien).²⁴ Doch der

²³ Boris Ponomarev, Vladimir Chubiev: lider na styke epoch, Mineral'nye vody, 1999.

²⁴ Als Beispiel für die "im Auftrag gemachte" und tendenziöse Auswahl von Materialien zur Unterstützung von W.I. Chubijew mag der Artikel dienen: Asman Botašev, Pravda i vymysel. Kakovo real'noe sostojanie ekonomiki Karačaevo-Čerkesskoj respubliki, in: Nezavisimaja gazeta, 1999, Priloženie Nr. 6 – Regiony, Nr. 2, S. 10. Der Autor (von W.I. Chubijew selbst zum stellvertretenden Regierungschef der KČR ernannt) bemerkt, daß "sich aufgrund vieler Indikatoren unsere Republik in einer günstigeren Lage befindet" als andere Föderationssubjekte und daß die "Kriminalitätsrate bei uns eine der niedrigsten in der Region ist".

Held dieser Liebesromane und Heldenreportagen kannte offensichtlich das östliche Sprichwort, das da lautet: "Im Mund wird es nicht süß, auch wenn man tausend Mal das Wort Chalwa ausspricht". Deshalb hatte Chubijew außer den Märchen von seiner süßen und weisen Herrschaft für das Elektorat noch etwas anderes anzubieten, und zwar viele andere "alternative" Kandidaten, die im Konkurrenzkampf mit dem Republikchef keine ernsthafte Gefahr darstellten, doch einen großen Stimmenanteil auf sich "vereinigen" konnten und dadurch im ersten Wahlgang den Sieg des Hauptkonkurrenten General Semjonow ausschlossen.

Entsprechend diesem Szenario tauchten in der Kandidatenliste Namen von Chubijew sehr nahestehenden oder von ihm abhängigen Personen auf, von denen man kaum Initiative, Mut und wirkliches Interesse daran erwarten konnte, den Präsidentenposten einzunehmen; auch waren sie kaum in der Lage, den eigenen Wahlkampf zu finanzieren. Solche von der Politik weit entfernte Personen, wie die Direktorin des Sowchose-Kombinats "Juzhnyj" Walentina Aleksandrowna Patowa oder den Chefchirurgen des Gesundheitsministeriums der KTschr Israfil Nasbijewitsch Tschauschew, kann man kaum als ernsthafte Alternativen zu einem mit allen Wassern gewaschenen und erfahrenen Politiker betrachten. Bei den Wahlen erhielten sie tatsächlich eine verschwindend kleine Anzahl von Stimmen (Tschauschew z.B. erhielt insgesamt 0,58%), was vorherzusehen war, doch irgend jemand war daran interessiert, die Wählerstimmen zu splitten, um sie im zweiten Wahlgang auf sich zu vereinigen. Auch "schwergewichtigere" politische Figuren, die in der Arena des Wahlkampfes auftauchten, waren zuweilen nicht so sehr Konkurrenten als vielmehr "Marionetten" von W.I. Chubijew in einem Stück, dessen Regisseur er selbst war.

Von Anfang an war auch eine dritte Variante des Szenarios – eine dritte Komponente der Wahlkampfaktik – vorgesehen. Für den Fall, daß irgend etwas schief- und die Rechnung nicht aufginge (die Wahlergebnisse brachten in der Tat für W.I. Chubijew eine sehr unangenehme Überraschung), wurde der Plan vorbereitet, die Lage zu verschärfen. Verübt wurden Terrorakte (elf bis zum 5. Mai 1999) wie Brandstiftung oder Bombenexplosionen. Dabei wurden die Ziele der Anschläge nicht sehr beschädigt. Und die Kriminellen fand man natürlich nicht, sondern Zeugen, die "Menschen auf Pferden" gesehen haben, aber wer können in Karatschaien "Personen auf Pferden" sein, außer "karatschaische Extremisten", die dabei sind, ein "zweites Tschetschenien" hier anzuzetteln? Die Unzufriedenheit an der Spitze der föderalen Macht ist groß, und von der Unzufriedenheit sind es nur zwei Schritte, bis die Führung begreift, daß es ohne Chubijew in Karatschaisch-Tscherkessien keine Ordnung und Ruhe geben wird (ein "zweites Tschetschenien" wird beginnen), d.h. man muß den Status quo erhalten, den zweiten Wahlgang annullieren oder die Wahlergebnisse für ungültig erklären, in Karatschaien Streitkräfte und Truppen des Innenministeriums zusammenziehen und eventuell für begrenzte Zeit eine direkte Präsidentenherrschaft errichten oder den Ausnahmezustand verhängen.

Kehren wir zu den Ergebnissen der Wahlen zurück, die in Karatschaisch-Tscherkessien am 25. April 1999 stattfanden. Keiner der 13 Kandidaten erreichte mehr als die Hälfte der Stimmen, die für die Wahl notwendig waren. Mit großem Abstand vor den übrigen führten

der Bürgermeister der Stadt Tscherkessk Stanislaw Edikowitsch Derjew (der Nationalität nach Tscherkess), der 39,23% der Stimmen auf sich vereinigen konnte (für ihn stimmten 94.286 Personen), und der "Moskauer General" Wladimir Magomedowitsch Semjonow (Karatschaier), der 17,63% (oder 42.364) Stimmen erhielt.

Die weiteren Wählerstimmen verteilten sich wie folgt:²⁵

Kandidat	Stimmenanteil in %	Stimmenanteil absolut	Funktion
M.M. Jakusch	15,89	38.187	
M.K. Kaitow	8,47	20.364	ständiger Vertreter der KTschR in Moskau
W.I. Chubijew	6,61	15.883	
B.S. Ebsejew	6,57	15.787	
T.R. Kubanow	1,11	2.658	Minister für Investitionen aus der benachbarten Republik Kalmykien, Karatschaier
übrige 6 Kandidaten	4,49		

Obwohl Derjew im ersten Wahlgang einen so offensichtlichen Erfolg zu verzeichnen hatte, konnte er kaum mit einem Sieg im zweiten Wahlgang rechnen. Denn alle, die für Derjew stimmen wollten (vor allem die gesamte tscherkessische Bevölkerung der KTschR,²⁶ die ihre verzweifelten Anstrengungen auf einen einzigen Kandidaten und ihre Hoffnungen auf einen "eigenen" nationalen Präsidenten konzentriert hatte), und alle, die vom Bürgermeister und Millionär "gekauft wurden" (wie Beobachter bezeugen²⁷), hatten bereits für ihn gestimmt. Die äußerst gespannte politische Situation, die in der Republik seit Anfang Mai 1999 durch eindeutig geplante Provokationen geschaffen wurde (nächtliche Überfälle auf den Wahlstab von S.E. Derjew, Brandstiftungen in Häusern seiner engsten Mitarbeiter – das alles trug dazu bei, den Bürgermeister in der Aureole eines Helden erscheinen zu lassen, auf den die Banditen Jagd machen, und selbst in der Aureole eines Märtyrers, der menschliches Mitgefühl verdient), zeugte ganz offensichtlich davon, daß es keineswegs sicher war, daß Derjew siegen

²⁵ Hier und im weiteren werden Daten des 26.4.1999 um 4 Uhr morgens angeführt.

²⁶ Auch die ausländische (einschließlich der Länder des Nahen Ostens) und die Moskauer tscherkessische Diaspora, die über bedeutende Mittel und politischen Einfluß verfügt, hat Derjew in bedeutendem Maß unterstützt.

²⁷ Hier und im weiteren benutzt die Autorin Materialien von Beobachtungen und Tonbandaufzeichnungen, die Bilal Lajpanow im April 1999 in Karatschaien machte, sowie Agitationsblätter und andere Presseerzeugnisse, die am Vorabend der Präsidentschaftswahlen in der KTschR verteilt wurden.

würde, und sowohl er selbst als auch die Kräfte, die hinter ihm standen, waren beunruhigt und verloren die Nerven.

Man muß wissen, wie stark wenn nicht die allgemeine ethnische Solidarität, so doch die fast absolut einmütige "Kabardinophobie" des karatschaischen Volkes ist, um zu verstehen, wie hoffnungslos der Versuch ist, dem karatschaischen Volk einen, sogar idealen tscherkessischen Präsidenten aufzuzwingen (und Derjew ist mit seinen Vorstrafen und jetzigen kriminellen Verbindungen sehr weit von diesem Ideal entfernt).

Das erste offensichtliche Ergebnis der Wahlen vom 25. April 1999 bestand in einem vernichtenden Knockdown, das die Wähler W.I. Chubijew verpaßten, ohne ihm die geringste Chance auf einen Sieg zu lassen. Dies zeugt ganz offensichtlich von der tiefen Enttäuschung der Wähler von einem Menschen, der fast zehn Jahre lang an der Spitze der Republik stand. Die Enttäuschung und das Mißtrauen erwiesen sich stärker als alle Tricks des Wahlkampfes. Dazu kam in bestimmtem Maß auch die Konkurrenz seitens jener kriminellen Strukturen, die ein anderes "Dach" hatten und die Chubijew daran hinderte, sich voll zu entfalten, nachdem er die profitreichsten Wirtschaftszweige und Einnahmequellen an sich gerissen hatte (teilweise über Verwandte und Mittelsmänner).

Ein anderer Kandidat, dessen Möglichkeiten der Republikchef wahrscheinlich unterschätzt hatte, war der Abgeordnete der Staatsduma M.M. Jakusch, der von der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation aufgestellt wurde. Selbst der "Gensek" der KPRF G.A. Sjuganow reiste an, um für ihn zu agitieren. Die prokommunistischen Sympathien eines bedeutenden Teils der Bevölkerung der verarmten Republik, die völlig unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit des Elektorats sind, waren so groß, daß ihm viele ihre Stimme gaben.

Sofort nach Bekanntgabe der vorläufigen Wahlergebnisse reiste Chubijew nach Moskau und überließ die noch vor Wahlemotionen brodelnde Republik ihrem Schicksal. Die Opposition hatte sich jedoch zu früh gefreut. Sie nahm an, daß sich Karatschaisch-Tscherkessien vom ehemaligen "Chef" befreit hatte und mutmaßte, welchen Posten er im Kreml erleben würde und in welches afrikanische Land man ihn jetzt als Botschafter der Rußländischen Föderation schicken würde. Explosionen, die in den Kosakensiedlungen der Republik in den Mainächten 1999 dröhnten, hatten außer vielen anderen besorgniserregenden Folgen noch eine Resonanz, auf die man eingehen muß. S.W. Stepaschin warnte im russischen Fernsehen mit Nachdruck davor, daß er ein "zweites Tschetschenien" nicht zulassen werde und versprach, mit aller Strenge diejenigen Kandidaten zur Rechenschaft zu ziehen, die für die Ordnungsstörung verantwortlich seien. Er nannte die Namen Derjew und Semjonow, die für die Ruhestörung "verantwortlich" seien.

Wir versuchen, uns Rechenschaft darüber abzulegen, wie man den Erfolg von General W.M. Semjonow im ersten Wahlgang beurteilen muß und worin die Ursachen dafür liegen, daß dieser Erfolg dennoch unvollkommen und nicht endgültig war. Ohne die Persönlichkeit des ehemaligen Zöglings der M.W. Frunse-Militärakademie auch nur im geringsten zu idealisieren, glauben wir dennoch, daß er jenen Typ von General verkörpert, der die Liebe des Volkes und die Achtung der Bergbewohner des Kaukasus auf sich zieht, und als potentieller Präsident

eindeutige moralisch-politische Vorzüge im Vergleich zu den Vertretern der ehemaligen Sowjetbürokratie und Parteinomenklatura besitzt und ebenso im Vergleich zu den "neuen" (russischen und nichtrussischen) Oligarchen, die an die Macht kamen, z.B. Kirsan Iljumzhinow in Kalmykien. Trotz aller persönlichen und programmatischen Unterschiede zwischen solchen kaukasischen Präsidenten, wie Dzhochar Dudajew, Arslan Maschadow oder Ruslan Auschew, gibt es etwas, was sie verbindet, nämlich daß sie alle Generäle sind. Das hat etwas außerordentlich Attraktives für die Bergvölker, die auf ihre nationalen Generäle stolzer sind als auf die Parteibonzen oder erfolgreichen Businessmen.

Der zweite Wahlgang, fand trotz des verzweiferten organisierten Widerstands, in den sowohl kriminelle Strukturen als auch radikale extremistische Kräfte der tscherkessischen Nationalbewegung involviert waren, am 16. Mai 1999 statt. Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen, die an den Grad der ethnischen Konsolidierung des karatschaischen Volkes geknüpft waren. Über 75% aller Wahlbeteiligten stimmten für General Semjonow. Das sind über 150.000 Personen, d.h. mehr als die Hälfte aller wahlberechtigten Bürger von Karatschaisch-Tscherkessien. Es ist klar, daß nicht nur ethnische Karatschaier, sondern auch ein bedeutender Teil der Russen, Nogajer und Bürger anderer Nationalitäten für Semjonow stimmten, der auf diese Weise aus einem nationalen (karatschaischen) Kandidaten zu einem legitimen Vertreter der überwiegenden Mehrheit der gesamten Bevölkerung von Karatschaisch-Tscherkessien wurde. Derjew erhielt nur 18% der Stimmen, und ein so bedeutender Abstand zwischen den Kandidaten ließ eigentlich keinen Raum für politische Manipulationen und Versuche, die Willensäußerung des Volkes für nichtig zu erklären. Dennoch wurden Möglichkeiten für eine solche Manipulation gefunden.

Die Wahlkommission der Republik (deren Vorsitzender M.Sch. Psychomachow sich als aktiver und interessierter Anhänger von Derjew entpuppte) weigerte sich, die offiziellen Abstimmungsergebnisse zu verkünden, löste sich praktisch auf, und die Frage nach der Anerkennung der Gültigkeit der Wahlen und nach der Bestätigung ihrer Ergebnisse wurde dem Obersten Gerichtshof von Karatschaisch-Tscherkessien übertragen. Als wesentliche Ursache dafür, daß ein – wie es schien – eindeutiges Wahlergebnis nicht realisiert werden konnte, erwies sich die ethnische Zusammensetzung der zentralen Wahlkommission von Karatschaisch-Tscherkessien. Der 15köpfigen Kommission gehörten nämlich acht (einschließlich des Präsidenten), Tscherkessen und Abasiner an. Diese Mehrheit in der Wahlkommission setzte alles daran, die Übernahme des Präsidentenamtes durch den Wahlsieger Semjonow zu verhindern.

Von tscherkessischer Seite wurden Ultimaten vorgebracht, es wurde damit gedroht, aus Karatschaisch-Tscherkessien in die Region Stawropol "überzutreten" (und zwar mit dem gesamten Volk und mit "seinen" tscherkessischen Territorien). Im föderalen Zentrum wurden Projekte diskutiert, das Amt des Republikchefs in Karatschaisch-Tscherkessien zu liquidieren und die Republik unmittelbar unter die Verwaltung Moskaus zu stellen. Der erste Schritt zur Realisierung dieser Pläne schien die Ernennung des Stellvertretenden Innenministers, General I.I. Golubjew, zum Repräsentanten des Präsidenten Rußlands in der KTschR. Die Obliegenheiten des Republikchefs nahm zunächst der russische Beamte I.W. Iwanow wahr. Der Administra-

tion gelang es kaum, die in der Republik aufkommenden Emotionen unter Kontrolle zu halten. In vielen tscherkessischen und abasinischen Rayons entstanden entgegen allen Verfassungsnormen und Gesetzen bewaffnete Selbstverteidigungseinheiten. Die Führer der Nationalbewegungen und staatlichen Strukturen der Völker der adygo-kabardinischen Gemeinschaft (entlang der Achse Naltschik – Tscherkessk – Majkop – Suchumi) erklärten ziemlich offen ihre Bereitschaft, den Selbstverteidigungseinheiten keineswegs nur moralische Unterstützung zu leisten. Wie ein Schneeball wuchs die Zahl der "Beschwerden von Bürgern und Kollektiven" (Anfang Juni waren etwa 1.600 registriert), die von verschiedenen Gesetzesverstößen während des zweiten Wahlgangs Zeugnis ablegten und die forderten, die Wahlen für ungültig zu erklären (wie die "Beschwerden von Bürgern" "organisiert" und wie sie bezahlt wurden, ist eine Frage für sich, die ein rechtliches Nachspiel erfordert).

Der Streit um die Gültigkeit der Wahlen vom 16. Mai 1999 wurde zunächst vor Gericht ausgetragen. Der Oberste Gerichtshof von Karatschaisch-Tscherkessien bestätigte am 10. Juni im wesentlichen das Ergebnis der Wahlen. Dagegen legte der Vorsitzende der Wahlkommission Psychomachow beim Obersten Gericht der Rußländischen Föderation Kassationsbeschwerde ein, der am 23. Juli stattgegeben wurde. Die Sache wurde an das Oberste Gericht von Karatschaisch-Tscherkessien zurückverwiesen. Nach erneuter Verhandlung anerkannte dies Gericht zum zweiten Mal die Ergebnisse der Wahlen vom 16. Mai und bestätigte Semjonow als Wahlsieger.

Dennoch konnte der ehemalige General sein Amt zunächst nicht antreten. Die russische Zentralregierung hatte am 23. Juli anstelle von I.W. Iwanow den erfahrenen russischen Kaukasuspolitiker Walentin Wlasow als amtierenden Republikchef eingesetzt. Wlasow war Vertreter des russischen Präsidenten in Tschetschenien gewesen, war von tschetschenischen Rebellen gekidnappt worden und hatte sechs Monate in tschetschenischer Gefangenschaft verbracht. So gab es im September 1999 drei Prätendenten für das Amt des Republikchefs: den durch Dekret der Zentralregierung ernannten Wlasow, den Wahlsieger Semjonow und den Verlierer der Wahl, den Bürgermeister von Tscherkessk Derjew.

Vor diesem Hintergrund spitzte sich die Lage im Spätsommer 1999 dramatisch zu. Die Ethnisierung der politischen Konflikte schlug in Gewaltanwendung um. Sowohl auf tscherkessischer Seite wie auf Seiten der Karatschaier kam es zu tagelangen Massenversammlungen mit Zehntausenden von Teilnehmern. Immer lauter forderten die Tscherkessen eine territoriale Autonomie und die Sezession von Karatschaisch-Tscherkessien. Eine solche Abspaltung würde gewaltige neue Probleme schaffen unter anderem deshalb, weil die etwa 10%ige Minderheit der Tscherkessen Anspruch auf die jetzige Hauptstadt Tscherkessk erhebt, wo ein Viertel der Gesamtbevölkerung der Republik lebt und die Tscherkessen die Minderheit stellen.

Hochrangige Vermittlungsgespräche der russischen Zentralregierung Anfang September mit Semjonow und Derjew in Moskau brachten zunächst kein Ergebnis, obwohl Ministerpräsident Putin und der Leiter der Präsidialadministration Woloschin an den Verhandlungen teilnahmen. Unterdessen gerieten die Massenaktionen der Karatschaier und Russen für Semjonow und der Tscherkessen für Derjew wiederholt außer Kontrolle. Bei einer

Schießerei am Rande einer Demonstration wurden am 4. September in Tscherkessk sieben Tscherkessen und ein Karatschaier verletzt. Am 14. September trat Semjonow förmlich sein Amt als Präsident an, konnte aber seine Inauguration nicht in der Hauptstadt Tscherkessk feiern, sondern mußte aus Sicherheitsgründen in eine Kosaken-Siedlung ausweichen. Seine Gegner riefen unter Führung von Derjew eine tscherkessische Autonomie aus. Ein Ende der Konflikte ist nicht abzusehen. Die Regierung in Moskau verfügt weder über die Autorität noch über das Machtpotential, um die Konflikte beizulegen. Karatschaisch-Tscherkessien entgleitet – wie andere Teile des Nordkaukasus – zunehmend dem imperialen Zugriff. Für die Betroffenen bedeutet das noch weniger Frieden und noch mehr Leid.

Für Herbst 1999 ist in Karatschaisch-Tscherkessien eine Sitzung der "Assemblée der Völker Rußlands" geplant. Dies ist eine Organisation, die vom Exminister für Nationalitätenfragen der Rußländischen Föderation A.P. Abdulatipow gegründet wurde und die – trotz ihres formal unabhängigen gesellschaftlichen Status – von diesem Ministerium finanziert und geleitet wird. Sie soll den Karatschaiern vorschlagen, "im Namen der Völker Rußlands" und "im Namen von Frieden und Eintracht" auf die Wahlergebnisse zu verzichten. Wie die historischen Erfahrungen zeigen, führt die Unterdrückung des Volkswillens selten zu "Frieden und Eintracht". Und Karatschaier wird kaum eine Ausnahme bilden.

4. Grundlegende Ideologeme und Stereotypen des Massenbewußtseins

Untersuchungen auf diesem Gebiet haben wir getrennt für Balkarien und Karatschaier durchgeführt. Dazu gehören die Auswertung von Meinungsumfragen, die Analyse der Presse, der wissenschaftlichen Literatur, Interviews mit vielen politischen Führern und Vertretern des öffentlichen Lebens sowie die Auswertung anderer Quellen. Die wichtigsten Schlußfolgerungen über die Herausbildung bestimmter Stereotypen des nationalen Selbstbewußtseins der Karatschaier und Balkaren lassen sich zusammenfassen und in einer Gesamtdarstellung präsentieren.

Eine solche Zusammenfassung basiert auf jener geistigen Nähe, die die Karatschaier und Balkaren verbindet und entspricht vollkommen ihren eigenen Vorstellungen von der Einheit des karatschaisch-balkarischen Volks. Diese Vorstellung ist ein sehr wichtiges, um nicht zu sagen zentrales Stereotyp des Massenbewußtseins, obwohl man nicht sagen kann, daß die Geschlossenheit dieses Selbstbewußtseins ("Wir, Karatschaier und Balkaren, sind ein Volk") keinerlei innere Widersprüche hat. Wenn wir dies genau betrachten, lassen sich viele Risse aufzeigen, die diesen Monolith des einheitlichen Nationalbewußtseins durchziehen.

In dem von uns verteilten Fragebogen nahm die Frage "Halten Sie die Balkaren und Karatschaier für ein Volk?" einen der ersten Plätze ein. Die Antworten lauteten wie folgt: "Ja, sie sind ein Volk", "Nein, es sind zwei Völker" und "Die Frage ist schwer zu beantworten". Es zeigte sich, daß *kein* Karatschaier und Balkare, der den Fragebogen erhielt, negativ antwortete oder Schwierigkeiten mit der Antwort hatte. Absolut alle (wir betonen nochmals alle Karatschaier und Balkaren; denn Personen anderer Nationalitäten antworteten auf diese Frage unterschiedlich) erklärten, daß sie die Balkaren und Karatschaier für ein Volk halten. Bei kon-

kreteren Fragestellungen zeigte sich, daß diese Aussage nicht immer von einem tiefen Verständnis und der uneingeschränkten Empfindung dieser Einheit untermauert war. Selbst auf die einfachste Frage "Ihre Muttersprache" antworteten lediglich 80% der befragten Balkaren und Karatschaier "karatschaisch-balkarisch", d.h. so, wie diese einheitliche Literatursprache wirklich genannt wird. Andere antworteten ungenau, indem sie als ihre Muttersprache "karatschaisch" oder "balkarisch" angaben. Noch erstaunlichere Unterschiede tauchten in den Antworten auf die Frage auf "Welche Schriftsteller, Maler, Schauspieler und Komponisten Ihres Volkes kennen (lieben) Sie? (Nennen Sie Namen und Werke)". Mit geringfügigen Ausnahmen (nur fünf Antworten von 200 ausgefüllten Fragebögen) nannten alle Respondenten ausschließlich *ihre* – karatschaischen oder balkarischen – Lieblingsschriftsteller, -maler usw., und keinem Karatschaier, der antwortete, daß die Balkaren und Karatschaier ein Volk sind, kam es in den Sinn, unter "seinen" nationalen Dichtern den Balkaren Kajsyn Kulijew zu nennen und das balkarische Theater für "sein" nationales Theater zu halten.

So existiert der Stereotyp der Einheit des karatschaisch-balkarischen Volkes im nationalen Massenbewußtsein und hat gewissen Einfluß auf die gegenwärtige Politik, auf die Programme der Bürgerbewegungen und auf die sich festigende Solidarität der karatschaisch-balkarischen Welt, doch die Festigkeit des Stereotyps ist relativ. Gleichzeitig bedarf es gerade in dieser Frage ernsthafter wissenschaftlicher Korrekturen der Vorstellung von der völligen Unterschiedlichkeit des balkarischen und karatschaischen Volkes, die bis jetzt in der russischen Turkologie und Ethnographie vorherrscht. Der methodologische Ansatz in bezug auf Karatschaier und Balkaren als "benachbarte Völker", die nicht miteinander verwandt sind, ist heute nicht haltbar.²⁸

Wichtige Stereotypen, die innerhalb der karatschaisch-balkarischen ethnischen Gemeinschaft entwickelt wurden und weite Verbreitung im nationalen Massenbewußtsein sowie in geisteswissenschaftlichen Werken, in der Journalistik und Literatur finden, betreffen die vorherrschenden Versionen vom Ursprung (Ethnogenese) des karatschaisch-balkarischen Volkes (von den alten Alanen); seine frühe Zugehörigkeit zur islamischen Religion und Zivilisation –

²⁸ Einer der ersten Versuche, den integrierenden Begriff von der karatschaisch-balkarischen ethnischen Gemeinsamkeit in die wissenschaftliche Literatur der Gegenwart einzuführen, wurde von den Autoren der kollektiven Monographie "Karačaevcy i balkarcy. Etnografija. Istorija. Archeologija" (Verantwortlicher Redakteur S.A. Arutjunov. Moskva 1999) unternommen. Doch die Prüfung dieser Gemeinsamkeit allein unter ethnographischen, folkloristischen und geschichtsarcheologischen Aspekten ist unzureichend. Im karatschaisch-balkarischen intellektuellen Umfeld wächst das Bestreben, die jüngste politische Geschichte dieses Volkes in ihrer Gesamtheit und Einheit zu untersuchen. Mit der Herausgabe der gesellschaftspolitischen Zeitung "Karačaevo-balkarskij mir/ Karazay-Malkar D'nyasi" (Chefredakteur Z.A. Batčaev) seit 1994 in Naltschik wurde ein wesentlicher Durchbruch in dieser Beziehung eingeleitet.

mindestens seit dem 13. Jahrhundert; seine Beziehungen zu Rußland und die nationale Tragödie der Deportation.²⁹

Schließlich nimmt jene komplizierte – teilweise reale, teilweise erdachte und mythologisierte – interethnische Konfliktsituation, die angeblich oder tatsächlich dort existiert, wo die Turkvölker (Karatschaier und Balkaren) mit den Adyge-Völkern des Nordkaukasus (Kabardiner, Tscherkessen, Abasinen, Adygejer, Abchasen) in Berührung kommen, einen besonderen Platz unter den Stereotypen des Massenbewußtseins ein. Wenn wir die bekannte Passage von Puschkin "... der alte, heftige Streit der Slawen untereinander" paraphrasieren, kann man diese Konfliktsituation als alten und heftigen permanenten Streit (um Grund und Boden, um Grenzen der Rayons und Republiken, um den Zugang zu Bodenschätzen und Budgetmitteln, um Rechte, um die Vertretung in den Machtorganen, um Formen der Staatlichkeit und um Tausende von allen möglichen Bagatellen und ernsthaften Fragen) zwischen den nächsten Nachbarn mit ihrem entwickelten Gespür für ihre entgegengesetzten Interessen bezeichnen.

Einer der wichtigsten Stereotypen des nationalen politischen Bewußtseins, der sowohl von der herrschenden als auch von der oppositionellen Elite kultiviert wird, ist die Überzeugung, daß weder Karatschaier noch Balkaren "über einen Austritt aus der Rußländischen Föderation nachdenkt", und die alle Behauptungen dieser Art begleitende panische Angst, daß irgend jemand "uns" (*die Rußland gegenüber loyalen Karatschaier und Balkaren*) separatistischer und sezessionistischer Pläne verdächtigt.

Hier sind auf komplizierte Weise miteinander verflochten und verschmolzen sowohl der in Jahrzehnten anerzogene Komplex der eigenen nationalen Unvollkommenheit ("Ohne Rußland können wir nicht sein!", "Ohne Rußland werden wir untergehen!") als auch die im historischen Gedächtnis des Volkes bewahrte Angst (jeder Aufstand der Karatschaier und Balkaren gegen Rußland – wenn wir an die Geschichte des Kaukasischen, Krim-, Bürger- und Großen Vaterländischen Kriegs denken – endete mit einer so grausamen und blutigen Unterdrückung und mit einem Massengenozid, daß das kleine Volk einen weiteren Schlag dieser Art nicht aushalten wird). Dazu kommt die aufrichtige Versöhnungsbereitschaft der großen Mehrheit der Karatschaier und Balkaren mit ihrer Lage als rußländische Bürger und die Bereitschaft zu politischer und kultureller Integration in Rußland, worin sie wirtschaftliche und kulturellen Vorteile sehen. Den Einfluß anderer Staaten (vom benachbarten Georgien bis zum entfernten und fast abstrakten Amerika) fürchten sie weitaus

²⁹ Dem Krieg und der Deportation ist eine umfangreiche karatschaisch-balkarische Literatur gewidmet, deren bedeutendste Werke folgende Bücher sind: Tak éto bylo... Nacional'nye repressii v SSSR. Hrsg. S.U. Alieva. Bd. 1-3, Moskau 1993; K.I. Čomaev, Nakazannyj narod. Čerkessk 1993; Karačaevcy. Vyselenie i vozvraščenie (1943-1957). Čerkessk 1993; D.V. Šabaev, Pravda o vyselenii balkarcev. Načik 1994; Čerkesskaja tragedija. Načik 1994; Deportacija karačaevcev. Dokumenty rasskazyvajut. Hrsg. R.S. Tebuev. Čerkessk 1997. Eine besonders emotionale, eindrucksvolle und bildliche Darstellung findet die Nationaltragödie der Deportation in der modernen karatschaisch-balkarischen Kunst – in der Poesie, im Theater, in der Malerei und Graphik. Die Ergebnisse der Untersuchung dieser Frage finden sich in einer Monographie (S.M. Červonnja, Vse naši bogi s nami i za nas. Ėtničeskaja identičnost' i ėtničeskaja mobilizacija v sovremennom iskusstve narodov Rossii. Moskva 1999).

mehr als die bereits bekannte und gewohnte russische Herrschaft. Allerdings gibt es auch die berechnende Taktik einiger weniger Vertreter des öffentlichen Lebens, die ihre wahren politischen Pläne einer staatlichen "Selbstbestimmung" des karatschaisch-balkarischen Volkes nach kaukasischem, mittelasiatischem oder tschetschenischem Muster unter der Maske demonstrativer Freundschaft mit Rußland und "der Einheit für ewige Zeiten" verbergen.

Kernpunkt in diesem komplizierten Komplex ist zweifellos das "antikabardinische" ("anti-tscherkessische") Syndrom. Der größte Teil der Karatschaier und Balkaren sieht in der kabardinischen (tscherkessischen) Expansion eine reale Gefahr für die eigene ethnische Identität, für Kultur und das sozial-wirtschaftliche Wohlergehen und sieht dadurch die staatliche Gleichberechtigung und die Bürger- und Menschenrechte bedroht. Die karatschaisch-balkarische Nationalbewegung verbindet ihre Hoffnungen mit einer Trennung von der benachbarten, dominierenden kabardino-tscherkessisch-abasino-adygeischen Mehrheit und formuliert entsprechend ihre praktischen Aufgaben – angefangen von Minimalforderungen ("Stellt *unsere* balkarischen Rayons in Kabardino-Balkarien wieder her!", "Gebt uns die Möglichkeit, *unseren* karatschaischen Präsidenten zu wählen!") bis hin zu Maximalpositionen (Proklamation selbständiger, von Tscherkessien und der Kabardei getrennter Turkrepubliken des Nordkaukasus – Karatschaien und Balkarien oder einer vereinten Karatschaisch-Balkarischen Republik).

Der Plan, die benachbarten adygeischen Völker in eine Art "Großtscherkessien" zu integrieren, ruft stürmische Empörung in der karatschaisch-balkarischen Welt hervor. In dieser Frage erweisen sich die Karatschaier und Balkaren als treueste Verbündete jener rußländischen Politiker, der vor dem Gespenst eines "Großtscherkessiens" ebenfalls Angst haben. Es zeigt sich, daß sich die entgegengesetzten Interessen und Tendenzen der beiden mächtigen Nationalbewegungen (der karatschaisch-balkarischen und kabardino-tscherkessischen) die Waage halten und einander "dämpfen".

Die unmittelbaren Nachbarn der adygeischen ethnischen Gemeinschaft (Kabardiner, Tscherkessen, Abasiner) werden dabei als Hauptschuldige des nationalen balkarischen und karatschaischen Elends gesehen: sie waren es, die unsere Deportation erreichten, unsere leerstehenden Häuser besetzten und unsere Kultur zerstörten; sie behinderten unsere Rückkehr, und bis heute gibt man uns nicht das zurück, was uns rechtlich gehört; sie sind es, die die normale Entwicklung unserer Wirtschaft, Sprache, Kultur und Staatlichkeit behindern... Unter diesen Umständen wird Rußland als höchste Instanz angesehen, die in der Lage ist, "entsprechend der Gerechtigkeit zu urteilen", die verlorenen Rechte der gekränkten Karatschaier und Balkaren wiederherzustellen, die Kabardiner und Tscherkessen zu bestrafen oder ihnen wenigstens Einhalt zu gebieten. Mit den Russen kann man in Frieden und Eintracht leben, mit Kabardinern und Tscherkessen ist das unmöglich – das ist der Stereotyp, der sowohl unter normalen Bürgern im Massenbewußtsein als auch bei den karatschaisch-balkarischen Intellektuellen gleichermaßen verbreitet ist. Man kann sagen, daß das Experiment der Kolonialpolitik in bezug auf die "Teilung" und das Schüren von Feindschaft zwischen den Völkern, die der russischen Expansion im Nordkaukasus, im turk-adygeischen

Grenzgebiet, ausgeliefert waren, seine höchste Vollendung erreichte. Hier finden wir den gleichen Grad der Entfremdung wie im Konflikt zwischen Inguschen und Osseten in der benachbarten nordkaukasischen Region. Solange die Nationalgefühle der Balkaren und Karatschaiern von Haß gegenüber den Kabardinern und Tscherkessen erfüllt sind, mit denen sie gezwungen sind, in einem "widernatürlich" strukturierten Staat zusammenzuleben, braucht Rußland um seine feste staatliche Position in dieser Region des Nordkaukasus nicht zu fürchten. Nicht zufällig sind deshalb auch in den aktuellen Dokumenten, die die Grundprinzipien der rußländischen Nationalitätenpolitik im Nordkaukasus formulieren, die Forderungen enthalten, die "Aufteilung und Aufsplitterung" dieser Republiken zu verhindern und für ewigen Zeiten die jetzigen staatlichen Strukturen zu festigen.

Swetlana Tscherwonnaja

The Karachays and the Balkars in the North Caucasus

Conflicts and Unresolved Problems

Bericht des BIOst Nr. 32/1999

Summary

Introductory Remarks

The neuralgic points of the ethno-political situation in the North Caucasus are commonly held by international and Russian political scientists to be Chechnya, Dagestan, and the conflict between the Ossetes and the Ingush. This viewpoint leaves the Turkic peoples in the shade. The unresolved problems to be found in the Karachay-Balkar epicentre of the Caucasian Turkic peoples are not simply a contemporary "hot spot" but have the potential to change fundamentally the prospects for Russian politics and the Russian presence in the Caucasus. By creating conditions that are virtually unbearable for the Karachay and Balkar people, Russia is becoming ineluctably caught up in a conflict with pan-Turkic solidarity which finds its support in the independent states of Eurasia and its ideological basis in the theory of Turkism, which is experiencing a renaissance in the closing years of the 20th century. It must also be taken into account that the violation of the Karachays' and Balkars' interests is triggering a chain reaction among all "repressed peoples". Local Karachay-Balkar problems are taking on a new dimension in the context of those issues that concern all "deportees". Here, the incomplete "rehabilitation", the crisis of Russian politics in this respect, and the ineffectiveness of the "Act on the Rehabilitation of the Repressed Peoples" (1991) are revealed in concentrated form.

The present report is based on scholastic literature and the daily media, on archive sources, on documents from the holdings of state institutions and social organisations, and on materials collected by the author during an extensive research trip to the Kabardin-Balkar and Karachay-Cherkess republics in the summer and autumn of 1998.

Findings

1. The present-day socio-economic situation of the Karachay and Balkar people can be described as a national calamity. Unemployment (as high as 90 % in some rayons), the breakdown of traditional ties and systems of husbandry, and a drastic pauperisation of the masses are providing the basis for universal tension and instability.
2. The *principal objective* of the Karachay national movement since the late 80s has been the struggle for the restoration of Karachay autonomy, which had been liquidated by deportation in 1943. By 1992, this objective had almost been achieved. The president of Russia

had introduced a bill in the Supreme Soviet of the Russian Federation re-instating Karachay autonomy. But the incipient legislative process was interrupted, and today the issue of the re-introduction of Karachay autonomy is for all practical purposes no longer on the agenda. These circumstances made the Karachay people profoundly disappointed with the democratic system and reforms in Russia: people fear new catastrophes, they have lost their belief in the success of democratic processes. In the course of the sociological poll we performed, 98 % of the Karachays questioned responded in the negative to the question: "Are you satisfied with the current political status of your people?".

3. If most Karachays have more or less come to terms with their unsatisfactory status, in Balkariya the intensity of the struggle for "secession" from Kabardiya and for the establishment of a sovereign Balkar Republic within the Russian Federation has reached a climax in the latter half of the 90s. This was exemplified in the resolutions passed at the 1st Congress of the Balkar People, which on 17th November 1996 proclaimed the foundation of that republic. The ensuing repression, the disbanding and prohibition of Balkar social organisations, the cruel crushing of the people's desire for self-determination and the consolidation of the dictatorship of the incumbent president of the Kabardin-Balkar Republic, V.M. Kokov, gave rise to the atmosphere of despair in which the Balkar national movement is wallowing today.
4. In 1999 the focal point of political tension in the Karachay-Balkar world again shifted towards Karachaya. This was associated with the first poll, held on 25th April, and the second round of the presidential election on 16th May. Up to then, Karachay-Cherkessiya had been the only republic within the Russian Federation whose president, V.I. Khubiev, had still been appointed by way of an administrative procedure and not elected by the people. Despite all his efforts to carefully plan his electoral campaign and despite the weakness of the organised opposition, the results of the first poll revealed the people's deep mistrust of Khubiev. Only 6.6 % of voters gave him their votes. The winners of the first poll were the mayor of Cherkessk, E.S. Deryev, and General V.M. Semyonov; V.M. Semyonov emerged from the run-off with a sizeable majority over his rival: over 75 % of the voters. For the first time after a long interruption, the Karachay people again showed enthusiasm, placed their trust in the General, and supported his programme of resolute combat against corruption.

However, Semyonov's opponents at first prevented him from taking office, thereby plunging the republic into embittered inter-ethnic contentions. In the late summer of 1999 the ethnification of politics – already unmistakable during the presidential election – in some places gave way to violence. In mid-September Semyonov took office as president. But his opponents proclaimed Cherkess autonomy under the leadership of Deryev. The continued existence of Karachay-Cherkessiya as a subject of federation has become uncertain.

5. An analysis of the stereotypes of Karachay-Balkar national self-awareness makes it possible to identify a number of contradictions (in particular the entire complex of "kabardinophobia" – mistrust of the neighbouring peoples of the Adyghian language and cultural

community). These contradictions are being exploited by those reactionary Russian forces which practise the old principles of imperial politics and the methods of isolating repressed peoples instead of establishing the foundations for democratic federalism.